

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtsige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, der Expedition abgegeben werden.

Nr. 110.

Freitag, den 12. Mai 1911.

18. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“.

## Was Kolonialkriege kosten.

Das Kaiserthum Marokko führt die Landesfarben grün = gelb = grün. Hoffentlich ist diese Zusammenstellung kein Anzeichen dafür, daß den Deutschen wegen Marokkos einmal grün und gelb vor den Augen wird. Dieses Land ist ja ganz so Kolonialabenteuern, die viele Millionen und Büche von Blut verschlingen, angetan. Ohne die Wüste hat es einen Flächenraum, der größer als jener Preußens ist. An Einwohnern zählt es ungefähr acht Millionen, von denen die überwiegende Mehrheit Mohammedaner sind. Dabei sind die Marokkaner ein Kriegsvolk ersten Ranges. Von Jugend auf sind sie an die Handhabung des Gewehres gewöhnt, und Aufstände, Thronstreitigkeiten sorgen dafür, daß für sie der Kampf nichts Abnormes bedeutet.

Es sind also für europäische Völker, die sich mit Marokko einlassen, alle Vorbedingungen zu einer gründlichen Schröpfung an Geld und Blut gegeben, nämlich: ein ausgedehnter wenig kultivierter Kriegsschauplatz, ein relativ zahlreiches waffengeübtes Volk, ein Klima, das den Europäer in seiner körperlichen Leistungsfähigkeit sehr beeinträchtigt. Dazu käme für das Deutsche Reich noch der Umstand, daß jede Patronenkiste, jeder Mann eine weiße Kasse zurückzuliegen hätten, ehe sie in Marokko ankämen.

Allerdings sind die Marokkaner in verschiedene Parteien zerrissen, die sich selbst bekämpfen. Aber es ist nicht ausgeschlossen, daß ein findiger Muselman der Geschichte plötzlich ein religiöses Gepräge gibt und daß dann der heilige Krieg, der alle oder wenigstens die meisten Stämme gegen die Europäer einigen würde, entflammt.

Wenn das Deutsche Reich in Marokko Eroberungspläne verfolgen will, so genügen natürlich ein paar tausend Mann nicht. Es müßte hier eine größere Macht aufgebracht werden, die sich selbst wenn die Verhältnisse sehr günstig lägen, doch auf mindestens 15 000 bis 20 000 Mann belaufen würde. Da in Kolonialkriegen der Mann pro Tag durchschnittlich auf 14 Mark Kosten zu stehen kommt, so ergäbe sich, wenn man eine Streitmacht von 15 000 Mann annimmt, täglich eine Ausgabe von 210 000 Mark. Schon in fünf Tagen wäre mehr als eine Million verpulvert. Und dabei haben wir die Umstände für das Deutsche Reich sehr günstig angenommen.

Jedoch bleiben wir bei den 210 000 Mark! Diese große Summe würde also jeden Tag für Marokko hinausfliegen. Ausgerechnet für Marokko! Im ganzen Deutschen Reich sind sicher nicht 500 Personen aufzutreiben, die sich ernstlich für dies Marokko echaufferten. Und dennoch kann die Frage entstehen, ob das deutsche Volk nicht für eben dieses Marokko Hunderte von Millionen und ein paar tausend Menschen opfern soll! Es ist wirklich etwas Reizendes, diese Weltpolitik.

Ja noch mehr! Die Alldeutschen wollen nicht nur gegen Marokko das Schwert ziehen, sondern auch noch gegen Frankreich, wenn es dem Deutschen Reich in der marokkanischen Angelegenheit nicht zu Willen ist. Man denke: Die zwei ersten Kulturvölker des europäischen Kontinents, die zusammen über 100 Millionen Einwohner zählen, sollen wegen des Kaiserreichs an der Nordostküste Afrikas aufeinander losschlagen, dabei Milliarden einbüßen, mehrere hunderttausend Menschen opfern und Kulturwerke von nicht abzuschätzendem Werte dem Verderben preisgeben. Sogar die Gefahr, daß fast ganz Europa in einen Krieg gestürzt wird, schreckt die alldeutschen Zionswächter nicht ab.

Und was würde das deutsche Volk Besonderes verlangen, wenn es sich in Marokko festlegen könnte? Einen ruhigen Besitz hätte es dort so wenig wie ihn Spanien und Frankreich haben. Es müßte immer wieder mit Aufständen, Grenzverletzungen usw. rechnen und käme aus den Kolonialhändeln nicht heraus. Die Aufstellung einer Kolonialarmee, die sowieso in den Köpfen der deutschen Kolonialschwärmer spukt und das Volk jährlich viele Millionen kosten würde, blieben nicht aus. Endlich würde die Reibungsfläche mit Frankreich größer werden. Und ob England ein Festsetzen des Reiches am Atlantischen Ozean mit Vergnügen läßt, ist auch sehr fraglich.

Das Deutsche Reich aber würde ein Kriegshafen an der marokkanischen Küste nur Geld kosten, denn England würde seine Flotte sofort so vermehren, daß es im Kriegsfall den Hafen ohne Schwächung seiner bisherigen Seestreitkräfte sofort blockieren und damit unwirksam machen könnte.

Ubrigens haben diplomatische Verwicklungen a la Marokko auch ihr Gutes, und zwar insofern, als sie den

Kriegen den Nimbus nehmen, der ihnen von „Patrioten“ angeblüht wird. Durch derartige Reibereien sowie durch die Kolonialkriege selbst wird der kapitalistische Charakter der Kriege auch dem Beschränktesten offenbar. Hier können die Kriegsverherrlicher nicht mit dem Feinde kommen, der drohend an den Grenzen steht, auch nicht mit dem Beschirmen von Haus und Herd, ebenso nicht mit der Bedrohung des Thrones und der Dynastie. Die Tatsache, daß es sich bei der Geschichte nur um den Profit dreht, liegt vielmehr mit erfreulicher Offenheit zutage. Die drastischen Beispiele dafür, daß Kriege meistens auf Spekulation nach Gewinnen hinauslaufen, mehrten sich in den letzten 11 Jahren respektabel. Die schönste Nummer war der Burenkrieg; die Niederwerfung der Hereros und der Hottentotten war auch lehrreich.

Je mehr aber die große Masse des Volkes die Überzeugung gewinnt, daß Kriege in den allermeisten Fällen Geldspekulationen sind, bei denen Regimente und Bataillone die Rolle der Aktien und Banknoten spielen, um so mehr werden die Regierungen kriegerische Abenteuer vermeiden müssen.

Das gilt heute schon für Marokko, das wird später für jeden Kolonialkrieg zu gelten haben. Dafür wird die Sozialdemokratie zu sorgen wissen.

R. R.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Der „Segen“ der Steuer des Schnapsblockes.

Im Jahresbericht des Königsberger Vorsteheramtes der Kaufmannschaft für 1910 wird der Nachweis geliefert, wie sehr die vom Schnapsblock geschaffenen Steuern Handel und Gewerbe geschädigt haben. Es heißt in dem Bericht:

„Der Kaffeeabsatz war erheblich niedriger als in den letzten 6 Jahren, weil eines Teils die Vorverjorgung gelegentlich der letzten Zollerhöhung nachwirkte, andererseits aber auch die wegen dieser Zollerhöhung und der kleinen Welternte eingetretene bedeutende Preissteigerung den Verbrauch beträchtlich einschränkte. Auch auf Spiritus, Spirituosen und Bier wirkten die neuen Steuererhöhungen konsumvermindernd, insbesondere die Erhöhung der Branntweinverbrauchsabgabe von 70 auf 125 Mk. für das Hektoliter. Während die ostpreussischen Spirituwerke im Betriebsjahre 1908/09 für die Spirituszentrale 7½ Millionen Liter Spiritus gereinigt hatten, belief sich die im Jahre 1909/10 gereinigte Menge nur auf etwa 6 Millionen Liter. . . . Die Tätigkeit der deutschen Branntweinindustrie wurde durch die neue Branntweinsteuer während eines Jahres so weit zurückgeworfen, daß die Früchte eines Jahrzehntes mühevoller Arbeit vernichtet sind. (Ein Beweis, wie sehr der Schnapsbottel gewirkt hat.) Die durch die Steuer herbeigeführte Erhöhung der Spiritpreise konnte nicht in vollem Umfange auf die Abnehmer abgewälzt werden, sondern mußte zu einem Teil auch von den Likörfabriken getragen werden, weil andererseits, zumal auch der höhere Eingangszoll auf Kognak, Rum, Urrak zu berücksichtigen war, die Verkaufspreise sich zu hoch gestellt hätten. . . .“

Die erneute, im August 1909 in Kraft getretene Erhöhung der Brausteuer legte dem Braugewerbe, sowie den damit in Verbindung stehenden Bierverlagsgeschäften und Gastwirten außerordentlich schwere Lasten auf. Die durch die Steuererhöhung bedingte Bierversteuerung hatte stellenweise einen erheblichen Rückgang im Verbrauch zur Folge. Die starke Erhöhung der Brausteuer ließ sich nicht gänzlich auf die Verbraucher abwälzen. . . . Auch beim Absatz von Tabak und Zigaretten machte sich die Steuererhöhung und die starke Vorverjorgung vor deren Inkrafttreten recht fühlbar. . . .“

Ubrigens muß im Bericht des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft ausdrücklich zugegeben werden, daß auch durch den Schnapsbottel der Verbrauch ganz erheblich beeinträchtigt wurde. Geradezu verheerend hat die Zündholzsteuer gewirkt. Der Absatz infolge der Zündholzsteuer ist auf etwa 38 Prozent gesunken. Der Betrieb der Königsberger Zündholzfabrik ist allmählich auf ein Drittel des früheren Umfangs beschränkt.

### Das nationale Werk.

In der „Deutschen Tageszeitung“ wiederholt Hertel zum 99. Male, die Reichsfinanzreform sei „erledigt“ und habe auch in der Fassung, wie sie erledigt sei, „durchaus nicht Fiasko gemacht, sondern die Erwartung völlig erfüllt, die man vernünftigerweise hegen durfte.“

Es heißt dann im Artikel: „Betrachtet man die Ergebnisse und Ertragnisse der neu eingeführten Steuern

und der erhöhten Zölle im Reichsfinanzjahre 1910, so muß man allerdings zugeben, daß der Ertrag einiger weniger von diesen Steuern hinter dem Voranschlage etwas zurückgeblieben ist. Das sind fast ausnahmslos solche Steuern, welche nicht von der verfeimten schwarz-blauen Mehrheit, sondern von der Regierung vorgeschlagen worden waren; ja es sind einige Steuern darunter, die auch die Zustimmung der liberalen Parteien bereits gesunden hatten oder doch gesunden haben würden.“

Trotz solcher Rebutistik täuscht sich Hertel nicht, wenn er im Schlußabsatz seines Artikels meint: „Wir geben uns durchaus nicht der Hoffnung hin, daß diese unsere Darlegungen irgendwie auf die Reichsfinanzreformbekehrer Eindruck machen könnten.“ Die „Reichsfinanzreformbekehrer“ haben den Plünderungszug der Schnapsblocker und ihrer Helfershelfer nicht vergessen und werden ihn nicht vergessen!

### Es entspricht den konservativen Wünschen nicht!

Wie weit die Annäherung der Konservativen in Preußen bereits geht, zeigt folgende allerhöchste Kundgebung des Herrn von Heydebrand, die die parteiamtliche „Konservative Korrespondenz“ vom 9. Mai im Sperrdruck mitteilt:

Von der Errichtung einer neuen nationalökonomischen Professur an der Berliner Universität ist in der Presse seit einiger Zeit die Rede. Es soll hierfür ein Schüler Schmollers, Professor Hermann Schumacher, Ordinarius der Nationalökonomie in Bonn, in Aussicht genommen sein. Professor Schumacher sei, so heißt es, zunächst zur Entlastung der Herren Wagner und v. Scholler bestimmt, die aber ihre Lehrtätigkeit noch in vollem Umfange ausüben, und sei zugleich dazu auszuwählen, später diese beiden Professuren in einer Person zu vereinen. — Da die Forderung einer neuen Professur in den Etat eingestellt werden muß, so wird die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses Gelegenheit finden, zu der Frage Stellung zu nehmen. Es mag aber schon jetzt darauf hingewiesen werden, daß es konservativen Wünschen nicht entspricht, der kathedersozialistischen Richtung in der Nationalökonomie im Lehrplane der größten deutschen Universität andauernd Übergewicht zu verleihen. Es muß vielmehr nach unserer Ansicht, namentlich auch in Berlin, unbedingt Gelegenheit gegeben werden, daß die Studenten die andere Richtung der Nationalökonomie durch berufene Vertreter ausreichend kennen und sich in ihr praktisch betätigen lernen.“

Es gab eine Zeit, da die kathedersozialistische Richtung des Herrn Professor Wagner den konservativen Wünschen sehr entsprach; aber da sich diese Wünsche nunmehr gewandelt haben, wird die preussische Regierung sich beeilen, ihnen nachzukommen.

### Was geht in Kamerun vor?

Eine halbamtliche Korrespondenz weiß mitzuteilen:

In letzter Zeit sind aus Kamerun Nachrichten eingelaufen, die von einem nahe bevorstehenden Aufstande wissen wollten. Diese Nachrichten sind an amtlichen Stellen bestritten worden. Wie es scheint, dürfte die Lage in Kamerun doch nicht so zufriedenstellend sein, wie im allgemeinen angenommen wird. Gewisse Verwaltungsmaßnahmen des Gouvernements deuten darauf hin, daß man in Kamerun noch immer mit einem Aufstande rechnet. So hat das Gouvernament angeordnet, daß mit Rücksicht auf die Sicherheit der in den Innenbezirken wohnenden, immer mehr anwachsenden weißen Bevölkerung Stützpunkte zu schaffen sind, die im Falle eines Aufstandes der Verwaltung einen Rückhalt und der weißen Bevölkerung eine Zuflucht bieten können. Die größeren Innenstationen sind infolgedessen mit Befestigungen versehen worden. Neureichs ist angeordnet worden, daß diese Befestigungen nicht aus etatsmäßigen Mitteln bestritten werden sollen, sondern daß durch die politischen Verhältnisse im mittleren und südlichen Teile von Kamerun gezwungen, die Befestigungen ohne Rücksicht auf die Staatsmittel in möglichst kurzer Zeit ausgeführt werden sollen. Wenn auch die Volksstämme dieser Gegenden dank der in den letzten Jahren durchgeführten Expeditionen (?) und der regen Verwaltungstätigkeit der Stationen im allgemeinen als friedliche gelten können, so besteht doch noch, wie es auch der Nachaufstand im Jahre 1910 bewiesen hat, stets die Gefahr eines plötzlichen Losbrechens. Diese Gefahr ist am größten in Jaunde und im benachbarten Teile der Bezirke Dume und Lomie. Ein Aufstand der Jaunde, dieses intelligentesten und durch eine relativ straffe Organisation zusammengehaltenen Volksstammes, würde her dem am Jaundebezirke recht ausgedehnten Handelsverkehr zu unabsehbaren Folgen führen und das Signal zu einem allgemeinen Aufstande geben. Da die Stimmung unter der Bevölkerung namentlich in letzter Zeit sehr unruhig geworden ist, so hat das Gouvernament die Jaundebefestigung beschleunigt ausbauen lassen. Die beschleunigte Fertigstellung dieser Befestigung hat das Ansehen der Verwaltung gestärkt und man hofft, in Zukunft Aufstände im Innern unterdrücken zu können.



Das sind ja recht nette Geschichten! Werden die Eingeborenen durch solche Maßnahmen nicht erst recht unruhig gemacht? Die Nervosität der Europäer, und diese spielt bei den Aufstandsängsten sicher eine Rolle, hat in den Tropenkolonien noch nie zu etwas Gutem geführt. Besonders erbaulich klingt, daß die „Sicherheitsmaßregeln der Regierung mit Mitteln befristet werden sollen, die nicht im Etat vorzulegen sind. Das kann eine nette Rechnung werden. Will man etwa in Deutschland auch ein kleines Kolonialabenteuer haben?

#### Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Am Donnerstag erledigte das Abgeordnetenhaus verschiedene Anträge. Die Staatsregierung wurde aufgefordert, den Zustand zu befestigen, daß die Distriktskommissare den Dienstauswand selbst bestreiten müssen. Eine längere Debatte entspann sich über die Frage, ob die Reisekosten der Beamten nur durch Kgl. Verordnung oder durch Verordnung des Staatsministeriums geregelt werden können. Trotz wiederholter Ausführungen der Regierung beschloß das Haus, daß Abänderungen nur durch Kgl. Verordnung eintreten dürfen.

Zum Schluß entwickelte Freiherr v. Zedlitz das Arbeitsprogramm des Hauses bis Pfingsten. Genosse Hoffmann protestierte dagegen, daß dieses Programm ohne Zuziehung der sozialdemokratischen Fraktion beschlossen worden sei. Bei der Sekundärbahnvorlage habe man soviel Zeit gehabt, und jetzt wolle man durchpressen. Wenn man nicht fertig werde, möge doch die Regierung den Landtag rechtzeitig einberufen.

Am Freitag wird die zweite Lesung des Zweckverbandsgesetzes beginnen, für die fünf Tage vorgesehen sind.

#### Der deutsch-schwedische Handelsvertrag.

Der Bundesrat beschäftigt sich zurzeit mit dem deutsch-schwedischen Handelsvertrage und diese Arbeiten sollen so beschleunigt werden, daß der Vertrag bereits nächste Woche dem Reichstag zugehen kann. Allerdings erscheint es ausgeschlossen, diesen Vertrag noch vor dem Eintritt der großen Vertagung zu erledigen, denn auf alle Fälle will die Vermittlung des Handelsvertrages an eine Kommission beschloffen werden. Bei der Geschäftsfrage des Reichstages ist es aber ganz unmöglich, daß noch vor Pfingsten größere Kommissionsarbeiten zum Abschluß gebracht werden können.

#### Der Wahltermin der Agrarier.

In der „Deutschen Tageszeitung“ wird von „besonderer Seite“ eingehend begründet, daß die Regierung Verfassungsmäßig berechtigt sei, auch den kommenden Etat noch vom jetzigen Reichstage beraten zu lassen. Auf die bedenkl. geschraubten Deduktionen näher einzugehen, erübrigt sich und auch die Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“ beschränkt sich darauf, zu fordern, daß dem Reichstage in seiner Herbsttagung entweder eine Etatsübersicht oder eine Denkschrift über die Entwicklung der Reichsfinanzreform vorgelegt werden müsse. Nach dem Wunsche der Agrarier müssen aber die Reichstagswahlen unbedingt im Winter stattfinden, weil erfahrungsgemäß sowohl der Herbst, und zwar nicht nur der Frühherbst, sondern auch der Spätherbst, als auch der Frühling eine recht ungeeignete Wahlzeit sein würde.

#### Noch ein Reichsverbandsgeneral als Reichstagskandidat.

Der Bund der Landwirte und die Konfervativen wollen im Wahlkreise Wenden den Reichsverbändler Generalleutnant a. D. von Brochem aufstellen. Herr v. Brochem ist in der Bekämpfung der Sozialdemokratie ein Schüler des Reichsverbändlers von Liebert, dessen Schriften das Arsenal sind, aus dem ersterer seine Waffen zu entnehmen pflegt. Wenn nicht alles täuscht, dann wird der kommende Reichstag frei sein von diesen Generalen des Reichsverbandes.

#### Zur Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl.

Nach einer Stuttgarter Meldung der „Voss. Ztg.“ vom 10. Mai ist in der Frage der Oberbürgermeisterwahl eine neue Wendung eingetreten. Die national-liberale Partei, die bisher unbedingt an Lautenschlager festhielt, erklärte nunmehr ihre Bereitwilligkeit, für den früher von der Volkspartei vorgeschlagenen, aber abgelehnten Ministerialrat Sichel einzutreten. Die Volkspartei lehnte jetzt jedoch ab, da sie unterdessen, veranlaßt durch das Festhalten der Nationalliberalen an Lautenschlager, sich für den Oberbürgermeister Reck entschieden hat und diesen nicht plötzlich preisgeben will.

In einer Wählerversammlung, die Mittwochabend in dem Stuttgarter Vorort Wangen stattfand, richtete der Landtagsabgeordnete Lieching, der Vorsitzende der volksparteilichen Landtagsfraktion, an seine Parteifreunde die Aufforderung, sie möchten für die Kandidatur Lautenschlager eintreten. Bei einer Wahl Lindemanns und einer eventuellen Nichtbestätigung dieses Kandidaten werde die Erregung dieser Stadtortswahl auch aufs Land hinausgetragen. Lediglich das allgemeine politische Interesse bestimme ihn zu diesem Schritte. Die Frage, welcher von den beiden Kandidaten der geeignetere sei, scheide für ihn völlig aus. Es handelte sich darum, die Wahl Lindemanns mit all den unübersehbaren Folgen auch für das Wirken der beiden liberalen Kandidaten im Lande zu verhindern. Hieraus hat Donnerstag morgen der Vorsitzende des Volksvereins Groß-Stuttgart im Einverständnis mit dem Ausschuß folgende parteioffizielle Kundgebung erlassen:

Die Volkspartei von Groß-Stuttgart tritt nach wie vor geschlossen und einmütig für Oberbürgermeister Dr. Reck ein. Die von dem Abgeordneten Lieching angeblich geäußerte Auffassung steht allein. Regierungsrat Lautenschlager ist in der hochwichtigen Frage der städtischen Polizeiverwaltung absolut disqualifiziert. Oberbürgermeister Dr. Reck ist und bleibt der Kandidat aller bürgerlichen Freunde der Selbstverwaltung.

Die Wahl ist am Freitag. Den Bürgerlichen bleibt also nicht mehr viel Zeit, wenn sie sich noch verständigen wollen.

#### Die Presse in Baden.

Auf eine Eingabe, die der Landesverband Badischer Redakteure an den Staatsminister v. Dusch gerichtet hat, hat der Minister eine Verfügung erlassen, in der er den ihm unterstellten Gerichten und Staatsanwaltschaften empfiehlt, bei Preßprozessen Sachverständige zuzuziehen, die ihm von dem Landesverband näher bezeichnet werden. Bei der geradezu auffallenden Unkenntnis über das Getriebe im Pressewesen, der man bei Gerichten fast regelmäßig begegnet, ist diese Neuerung entschieden als Fortschritt zu betrachten. Allerdings wird erst abgewartet werden müssen, ob die Verfügung des Ministers bei den hier in Frage kommenden Instanzen auch Beachtung finden wird.

#### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 12. Mai.

Wegen der Maifeier sind Differenzen in der Wandfliesenfabrik Danischburg (Willeroy u. W.) ausgebrochen, deshalb ist der Betrieb für Schlosser, Dreher, Maurer, Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen gesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Achtung, Tapezierer! Die Tapezierer Lübecks befinden sich wegen Nichtanerkennung ihrer Forderungen im Aufstand. Zugang nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Achtung, Maler! über die Werkstellen Harzau, Dirks u. Meier, Westphal und Grabau in Travemünde ist die Sperre wegen Nichtanerkennung des Tarifes verhängt worden. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten.

Die bürgerliche Presse Lübecks ist eifrig bemüht, den ausbrechenden Holzindustriellen Hamburgs so gut, als es geht, beizulprungen. Das macht sie so, daß sie die Ausgepörrten nach Möglichkeit verdächtigt. In den Lübeckischen Anzeigen wird gestern beispielsweise ein „Fall“ berichtet, wonach ein Arbeitswilliger im Bureau des Holzarbeiterverbandes mißhandelt worden sein soll. Die Nachricht ist der Presse nach ihren eigenen Angaben aus Arbeiterkreisen zugegangen. Es soll damit bewiesen werden, daß die Holzarbeiter ihren Kampf mit gewalttätigen Mitteln führen. In Wirklichkeit ist an der Meldung gar nichts Wahres. Im Bureau des Holzarbeiterverbandes erscheinen sehr viele Arbeitswillige, die entweder von selbst oder auch auf Veranlassung der Arbeitgeber die Arbeit eingestellt haben; aber, so schreibt uns die Zeitung des Holzarbeiterverbandes, wir bestreiten entschieden, daß den Leuten etwas zuleide getan worden sei. Eine einzige Kumpel hat sich auf dem Hofe des Gewerkschaftshauses abgesetzt, wobei ein Arbeitswilliger beteiligt war; aber passiert ist demselben so gut wie gar nichts. Und wenn er ein paar Rippenstöße bekommen hätte, brauchte er sich nicht zu beschweren; denn zuerst ist er im Streikbureau gewesen und hat es sich dort unter der ausdrücklichen Zusicherung der Streikleitung, daß er keinerlei Belästigungen zu befürchten habe, bequem gemacht. Das wurde dem Herrn aber zu langweilig; er unternahm ganz von selbst einen Spaziergang auf dem Areal des Gewerkschaftshauses, wobei es dann mit den in größerer Zahl anwesenden Streikenden zu einer Kumpel gekommen ist. Bald darauf erschien ein Beamter der Polizei und auch diesem gegenüber gab der Arbeitswillige ausdrücklich zu, daß ihm im Streikbureau jeder Schutz gewährt worden sei. Die an der Kumpel Beteiligten waren natürlich verschwendet; aber nichtsdestoweniger wird in der Arbeitgeberpresse geschwätzt, daß ihre Namen festgelegt seien und sie zur Verantwortung gezogen würden. — Wie es gerade in den Räum der Arbeitgeber paßt, werden entweder die Arbeitswilligen täglich schwer verdroschen oder die Angaben lauten so, als ob niemand ein Härchen getrümmt würde.

Auf der Suche nach Streikbrechern befinden sich die Hamburger Bäckermeister. In Lübeck, „General-Anzeiger“, dem Organ der Arbeitswilligen und einfältigen Leute, werden heute wieder von einer Hamburger Großbäckerei Grob- und Weißbäcker gesucht zu Bedingungen, die auf den ersten Blick nicht ganz ungünstig erscheinen, in Wirklichkeit jedoch lange nicht dem entsprechen, was in Hamburg die Bäcker mit Recht verlangen. Kein anständiger Lübecker Bäcker darf und wird seinen kämpfenden Hamburger Kollegen in den Rücken fallen. Über den Hamburger Kampf selbst wird uns berichtet: Bis zum 10. Mai hatten von den im Städtegebiet in Betracht kommenden 420 Bäckereien mit 1700 beschäftigten Bäckern und 181 Konditoren bewilligt: 331 Betriebe mit 1457 Bäckern und 142 Konditoren. Die Bevölkerung bringt der Bewegung große Sympathie entgegen und besonders die organisierte Arbeiterschaft meidet mit großer Bewußtheit die bestreikten Betriebe.

Ein echter Sinkegardist scheint der in Lübeck zu drei Jahren Gefängnis verurteilte Streikbrecher Hünerbein aus Eten zu sein. Er hat, wie der „Salswiger-Hollsteinischen Volkszeitung“ von einem Kieler Steinträger mitgeteilt wird, anlässlich des Gemeindefestivals in Kiel vor zwei Jahren auch dort eine Gastrolle gegeben. Eines schönen Tages hielten zwei Abfuhrwagen, bestehend von den Lieblingen des Magistrats und eskortiert von dem städtischen Polizeikommando, vor der damals noch im Bau befindlichen Synagoge Ecke Humboldt- und Goethestraße. Natürlich hatte sich bald eine ansehnliche Menschenmenge angeammelt, auch der Steinträger stand mit noch mehreren Kollegen auf dem Trottoir vor dem Neubau der Synagoge, wo der Steinträger mit seinen Kollegen arbeitete. Kaum sind die Wagen einige Meter weggefahren, kommt der Polizist zurück, ruft den natürlich gleich dastehenden königlichen Schuhmann an und läßt den Steinträger verhaften. Ohne sich erst umkleiden zu dürfen, mußte der so mit der Verhaftung überraschte in Hofe und Hemd mit zur Wache, „sonst werden Sie noch gefesselt“, wurde ihm angedroht. Auf der Wache mußte er dann etwa 1 1/2 Stunden bleiben, ohne zu wissen, weshalb und wessen man ihn bezichtigte. Endlich kam der städtische Polizist, der die Arretur veranlaßt hatte und berichtete, Hünerbein und Nobbe (ein zweiter Streikbrecher) hätten den Verhafteten beschuldigt, ihnen zugerufen zu haben: „Pfiu, Streikbrecher, schämt euch, reißt ab, sonst gibt es Senge!“ Dadurch aber hätte sich der Verhaftete der Bedrohung und Beleidigung schuldig gemacht. Sonderbarerweise hatte der Polizist, der zwischen dem Abfuhrwagen und den auf dem Trottoir stehenden Arbeitern stand, von diesen angeblichen Beschimpfungen nichts gehört. Auch die Kollegen des Verhafteten hatten nichts davon gehört. Die Folgen der Aussage dieser beiden Lieblinge des Magistrats war natürlich eine Anklage. Die inzwischen wieder abgereisten beiden Streikbrecher wurden kommissarisch vernommen und deren Aussage genügt, dem Angeklagten 10 Mt. Geldstrafe und die Kosten aufzubringen. Von einer Vernehmung der Entlastungszeugen wurde Abstand genommen, da, wie der Vorsitzende des Schöffengerichts ausführt, die Entlastungszeugen nicht geladert hätten.

doch gar nicht erwiesen sei, daß der Angeklagte nichts gesagt hätte. Also nur den beiden Streikbrechern wurde gelehrt. Mit Recht fragt der unschuldig zuzunehmende Arbeiter: Wieviele ehrliche Arbeiter mag wohl dieser gewerkschaftliche Streikbrecher Hünerbein bereits in das Gefängnis oder mindestens zu Geldstrafen gebracht haben? Vielleicht hat er der Gerichtskasse soviel eingebracht, daß man ihn nun drei Jahre davon füttern kann, damit er dann wieder auf ehrliche Arbeiter losgelassen werden kann. Es ist wirklich schlimm, daß in unserm heutigen „Rechtsstaat“ einem solchen Schurken mehr geglaubt wird als zehn unbescholtenen und ehrlichen Arbeitern. Wir verstehen den Schmerzensschrei dieses Arbeiters. Dem kann aber nur insoweit abgeholfen werden, als man Aufklärung und die Bedeutung der Notwendigkeit der Organisation in immer weitere Kreise trägt, damit solche Elemente wie dieser Hünerbein isoliert bleiben und in Massen nicht mehr zu Unterdrückern ihrer eigenen Klassenossen sich hergeben. Deshalb, Arbeiter, werdet und wirkt unablässig für eure Organisationen, damit recht bald mit dieser Klassenherrschaft ausgeräumt werden kann.

Kinderhilfsfest. Man schreibt uns: Das für den Festabend des Blumntages im Stadttheater gewählte Lustspiel „Die Liebe wacht“, Lustspiel in 4 Akten von Gailardet des Fiers, muß als eine überaus glückliche Wahl bezeichnet werden. Das Lustspiel ist in der Spielzeit 1910 einmal unter der Ara Kurtscholz gegeben und gehört zu den Lustspielen, die sich der größten Sympathie zu erfreuen gehabt haben. Die Vorstellung ist in doppelter Beziehung bemerkenswert; da sich mehrere unserer beliebtesten Bühnenkünstler und -künstlerinnen, Fr. Vogt und Herr Stadt-Nachbar, von Lübeck verabschieden. Zugleich tritt auch Herr Fuchs vor, übernahm seiner Direktionsstätigkeit zum letzten Male als Darsteller vor das Publikum. Der Abend verspricht sonach in Verbindung mit dem guten Zweck ein überaus interessanter zu werden.

Was das Meer verschlingt. Nach den Listen des Bureau Veritas sind im März 40 Dampfer mit 55520 Brutto Reg.-T. und 61 Segelschiffe mit 21037 Netto Reg.-T. vollständig verloren gegangen. Unter den Dampfern befindet sich ein deutsches. Von den Dampfern sind 16 gesunken, 5 sind durch Kollision verloren gegangen und 5 sind gesunken, 10 sind zum Abbruch verkauft und 5 sind verschollen. — Unter den 61 Segelschiffen befinden sich 3 deutsche. Von den Segelschiffen sind 17 gesunken, 7 durch Kollisionen verloren gegangen und 1 ist gesunken, 3 sind abandonniert, 2 kondemniert, 25 zum Abbruch verkauft und 6 sind verschollen. — Außer diesen Totalverlusten hatten noch 412 Dampfer und 103 Segelschiffe Pavorien. Von den Dampfern waren 104 auf Strand, 132 hatten Kollisionen, 26 hatten Feuer an Bord, 5 waren leck gesprungen, 61 hatten in schwerem Wetter Beschädigungen davon getragen und 84 erlitten Maschinen- oder Kesselschaden. — Von den Segelschiffen waren 22 auf Strand, 28 hatten Kollisionen, 4 hatten Feuer an Bord, 11 waren leck gesprungen und 38 hatten in schwerem Wetter Beschädigungen erhalten.

Schlangengift und Insektenstiche. Wir nähern uns jetzt dem Sommer und damit auch der Gefahr, bei Ausflügen von Insekten oder Schlangen gestochen oder gebissen zu werden. Der Verlauf der Wienen- und Wespenstiche hängt ab teils von der Empfänglichkeit des Menschen für den Giftstoff, teils von der Menge des letzteren; das Gift wird um so reichlicher eingemipft, je ungehörter sich der Stechapparat entleeren kann. Bei sehr empfänglichen Personen und bei direkter Verletzung einer Hautvene oder eines Lymphgefäßes können ernsthafte Erscheinungen einer Allgemeinvergiftung auftreten. Die Kranken fühlen sich sehr matt, sind zuweilen bewußtlos, die Haut ist kühl, von klebrigem Schweiß bedeckt, der Puls klein und beschleunigt. Gewöhnlich dauern diese Vergiftungserscheinungen nur wenige Stunden, aber meist fühlen sich die Kranken noch einige Tage sehr matt. Es ist bekannt, daß Menschen und Tiere in kürzester Zeit gestorben sind, wenn sie von einem Wienen- oder Wespenstich überfallen wurden. Die Natur des Wespen- und Wienengiftes ist bis jetzt noch unbekannt; die Intensität des Wienengiftes wechselt je nach der Jahreszeit und der Ernährung. Die Behandlung der Insektenstiche geschieht am besten durch Ammoniak, durch Umschläge mit einprozentiger essigsaurer Tonerde mit eingelestem Eis, dann durch Weistreichen mit Jodtinktur oder Jodthyl. Wienenstiche benutzen gegen Wienen- und Wespenstiche als eine Art Gegengift Skorpionöl, das heißt Olivenöl, in welchem einige Skorpione aufbewahrt werden. Die Verletzungen durch giftige Schlangen sind in unseren Zonen im Vergleich zu den Tropen relativ selten. In Europa kommen im wesentlichen nur zwei giftige Schlangengattungen vor: die Kreuzotter und die Natter. Diese Giftschlangen besitzen zwei hakenförmige Giftzähne, in welche die Ausführungsgänge kleiner Drüsen ausmünden; die letzteren entleeren beim Biss ihren giftigen Saft in die Wunde. Die Erscheinungen nach dem Biss der Giftschlangen bestehen meist in lokaler schmerzhafter Entzündung, in Erregung des Blutes; in den der Wunde nächstgelegenen Gewebspartien und Blutwegen, in Erbrechen, in Fieber mit auffallender Mattigkeit, in Angstgefühl, zuweilen in Krämpfen. In seltenen Fällen führt die Entzündung an der Bissstelle zum Absterben der Gewebe. Übersteht eine von einer Kreuzotter gebissene Person die ersten zwei Tage, dann ist der Verlauf in der Regel günstig. Die neueren Untersuchungen haben ergeben, daß durch das Schlangengift besonders die roten Blutkörperchen aufgelöst werden; der Mensch stirbt gleichsam an innerer Giftwirkung, wie bei der Blausäurevergiftung. Mit der Auflösung der roten Blutkörperchen geht der für das Leben durchaus notwendige Sauerstoff des Blutes verloren, außerdem treten Blutgerinnungen auf. Durch übermangansaures Kali und Chlorverbindungen wird das Schlangengift zerstört; gegen Säuren und gegen die meisten der gebräuchlichsten Antiseptika ist es dagegen sehr widerstandsfähig. Da das Schlangengift ein das Blut zerlegendes Gift ist, so muß man vor allem darauf sorgen, daß es nicht im Blute allgemen verteilt wird. Das geschieht am besten durch Auslaugen des Wisses und durch elastische Abklemmung der betreffenden Extremität. Die Schlangengifte finden sich stets an den Beinen oder an den Händen und Vorderarmen. Das Auslaugen darf man nur vornehmen, wenn der Helfer nicht offene Wunden in Mundhöhle und Lippen hat. Auch Ausbrennen der Wunde mittels einer glühend gemachten Nadel, eines Streichholzes oder einer Zigarre ist zu empfehlen. Der Arzt wird die Injektion einer sprozentigen wässrigen Lösung von übermangansaurem Kali unter der Haut in die Nähe der Wunde vornehmen. Ferner sind, jedoch nur in diesem Falle, größere Dosen von Alkohol (Kognak) empfehlenswert, ebenso aktive Muskelbewegungen.

pb. Einbruch. Aus einem am Langen Lohberg belegenen Hause wurden mittels Einbruchs folgende Gegenstände gestohlen: Eine aus grauer Leinwand gefertigte Messertasche mit 12 gewöhnlichen Taschenmessern mit schwarzem Holzgriff, 6 neusilberne Forken, 1 Dessertmesser mit schwarzem Holzgriff und 6-8 silberne Gabeln. Zwei der letzteren sind „D. S.“ gezeichnet. Die Klinge des Dessertmessers trägt die Firma: Reinhold Meißner, Lübeck.



**Schwaben.** Von der Firma Villero u. Koch sind bekanntlich die Arbeiter auf das Straßenpflaster geworfen worden, weil sie sich die Freiheit nahmen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Es ist selbstverständlich, daß die Leute, welche die Fabrikleitung ohne Grund brotlos machte, sich ihrer Haut wehren, indem sie die Arbeitswilligen, soweit sich solche finden, auf das Verwerfliche ihres Tun aufmerksam machen. Das ärgert natürlich die Goldschreiber der Unternehmer, wie aus längerem Eingelands in der "Schwaben Zeitung" und der "Eisenbahn-Ztg." hervorgeht. Die Polizei und die Sozialdemokratische Partei wird um gleich überflüssige Hilfe ersucht. Die Sozialdemokratie hat mit der Aussperrung überhaupt nicht das geringste zu tun, und ebensowenig geht die Aussperrung die Polizei an. Will die Firma Villero u. Koch den Frieden, so wird sich dazu gewiß ein gangbarer Weg finden lassen.

**Hamburg.** Die hiesige "Finanzreform". Mittwoch war ein großer Tag in der Hamburger Wägerschaft, die sich mit dem Steuerbündel zur Beseitigung des Defizits im Staatshaushalt zu beschäftigen hatte. Von der Notwendigkeit der Erhöhung der Staatsentnahmen sind alle Fraktionen überzeugt, nur möchte man immer gern anderer Leute Häuser anzünden, wie in den in der Generaldebatte bislang gehaltenen Reden deutlich zum Ausdruck kam. Neue Einnahmequellen müssen erschlossen werden, zumal die bevorstehende Regulierung der Beamtengehälter Millionen verschlingen wird. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte die Einführung der Vermögenssteuer mit progressiv steigenden Steuerätzen, die Neederpartei will auf "anderem Wege" als auf dem der Raigebühren und der Erhöhung der Zonnengelber den Ausfall decken, die Hausagrarier wenden sich gegen die sie belastenden Steuern; aber Needer wie Hausagrarier sind sich darin einig, daß die Konsumvereine bluten müssen. Recht vorzüglich behandelte Bürgermeister Dr. Wredöhl die einzelnen Steuerarten. Den Kampf gegen die Konsumvereinssteuer bezeichnete er als einen gegen ein neues Prinzip gerichteten. Senator Heitmann, selbst ein Needer, redete seinen Klassenossen ins Gewissen, den Sturm gegen die Raigebühren und Zonnengelber aufzugeben, da diese Abgaben Hamburgs Handel und Schifffahrt nicht schädigen würden. Die in die Hamburger Hafenanlagen hineingesteckten Millionen müßten sich doch einigermassen verzinsen. Mit diesen Vorschlägen konnte sich die der ausländischen Konkurrenz nicht wehren, weshalb der Hamburger Hafen trotz des längeren Seeweges ein sehr gern aufgesuchter sei. Der kleine Staat Hamburg müsse allerdings alles aus eigenen Mitteln decken, während in anderen Ländern der Staat mit seinen Mitteln einprügele. Der Unliberale Welt kennzeichnete das Verbot der deutschen Wirtschaftspolitik, die auch in Hamburg nicht spurlos vorübergehe, und verlangte eine Steuer nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit. Die Konsumvereinssteuer bezeichnete er als eine Verzerrungssteuer, die nur den "Mittelständlern" als Köder hingehalten werde, um die anderen Steuern zu schlucken. Den Gewerbetreibenden gab er zu bedenken, nicht auf diesen Leim zu gehen, zumal sie schließlich auch einmal an die Reihe kommen könnten. (In Hamburg existiert keine Gewerbesteuer.) Durch Einführung dieser Steuer würde kein einziger Detailist aus der prekären Lage herauskommen. Dieser Redner ist für die Erhöhung des Zonnengelbes, aber gegen die Erhöhung der Raigebühren und tritt für die Erhöhung der Vermögenssteuer nach preussischem Muster ein. Die Fortsetzung der Beratung soll in Extratagen erfolgen. In der nächsten Sitzung kommen unsere Redner zum Wort.

**Elmsborn.** Ein heftiges Gewitter, das begleitet von wolkenbruchartigem Regen, am Donnerstag nachmittag über unsere Stadt niederging, hat leider auch ein tödliches Menschenleben zum Opfer gefordert. Ein Blitz schlug in die auf dem Gebiet des alten Amtsgerichtsgebäudes, jetzigen Polizeiamts, angebrachte Klagenstange ein und riß große Mauerstücke von dem Giebel herab. Von den herabfallenden Steinen wurde der vierjährige Sohn des Lederarbeiters Strohmeyer so unglücklich getroffen, daß dem bedauernswerten Kinde der Schädel zertrümmert wurde, so daß ein sofortiger Beirater nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen konnte. Zwei etwas ältere Geschwister, welche sich in Begleitung des kleinen Befunden, sind wunderbarerweise bei der Katastrophe unverletzt geblieben. In dem Gebäude selbst soll der Blitz weiter keinen Schaden angerichtet haben.

**Strelitz.** Zur höheren Ehre der Kirche. Ein auf dem Gute Möllenberg in Mecklenburg-Strelitz im Dienst befindliches Mädchen aus Anhalt wollte sich mit einem dortigen evangelischen Arbeiter zu Ehemann verheiraten und erbat sich wegen des standesamtlichen Aufgebots brieflich den Taufschein vom Pfarrer ihres Heimatortes. Doch der Schein blieb aus. Da machte sich das Mädchen auf die weite Reise zur Heimat. Nach ihrer Rückkehr übergab sie freudestrahelnd dem Standesbeamten einen versiegelten Brief ihres Pfarrers. Da das Schreiben in russischer Sprache abgefaßt war, ließ man es in Berlin übersetzen. Da ergab es sich, daß vom Taufschein keine Rede war, dagegen hatte der Pfarrer amtlich bescheinigt, daß das Mädchen seit der und der Zeit bereits verheiratet wäre und die und die Zeugen im Kirchenbuche ständen. Das war aber eitel Lug und Trug! Das empörte Mädchen machte sich nun abermals zur Heimat auf, stellte den Geistlichen wegen seiner unwahren Behauptung energisch zur Rede und erzwang endlich den begehrten Taufschein. Und warum das falsche Zeugnis des Pfarrers? Er hatte es ausgestellt zur höchsten Ehre der Kirche, denn er wollte verhindern, daß eine Katholikin einen Protestanten heiratete. Ein tüchtiger Pfarrer! Güt christlich!

**Neustrelitz.** Auf nach Mecklenburg! Die Regierung in Mecklenburg-Strelitz hat den mecklenburgischen Agrariern vorgeschrieben, welche Mindestleistungen sie ihren Lehrern zu gewähren haben. Man höre und staune: Freie Wohnung, 100 Quadratrunder Gartenland, Feuerung, Weide und Winterfutter für eine Kuh, 728 Kilogramm Roggen, 392 Kilogramm Gerste, 72 Kilogramm Hafer, 128 Kilogramm Erbsen, 3 Mark Schulgeld für jedes schulpflichtige Kind, eine bare Zulage von soviel Mark, daß sie und das Schulgeld 380 Mark betragen, eine Zulage von 100 Mark oder hierfür Naturalbezüge im Werte von 100 Mk., ferner sechs Alterszulagen von je 100 Mark nach je vier Jahren. — Die Pension der Lehrer soll nach 20 Dienstjahren 564 Mk. betragen und mit jedem weiteren Dienstjahre steigen bis 1012 Mark nach 50 Dienstjahren.

**Bremen.** Die Budgetberatung, die die Bürgererschaft am Sonnabend fortsetzte, wurde am Mittwoch beendet und das Budget gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt. Beim Kapital Unterrichtswesen übte Genosse Holzmeyer am bremisch-liberalen Schulsystem scharfe Kritik. Die Zusammensetzung des Schulkonvents, der zur Hälfte aus Schulvorstehern besteht, dazu die vertraulichen Beratungen desselben, machten den Schulkonvent zum Zerrbild einer Lehrervertretung. Die Kinder von Dissidenten zur Teilnahme am Religionsunterricht zu zwingen, beeinträchtigt das Recht der Eltern, ihre Kinder in ihrem Geiste

erziehen zu lassen. Des weiteren kritisierte unser Redner, daß am hiesigen Lehrerseminar die Schüler, die im Studentenalter ständen, noch gezwungen würden, Gesangbücher auswendig zu lernen. Um Änderungen herbeizuführen, stellte Gen. Holzmeyer entsprechende Anträge, die aber alle abgelehnt wurden. Die Senatoren Dr. Meyer und Dr. Delrich, sowie der Schulinspektor Wöhm verteidigten ihr System der Bevormundung und Disziplinierung der radikalen Lehrer und sandten natürlich damit den Befehl der liberalen Mehrheit. Am Mittwoch erinnerte Genosse Tiedermann an den parlamentarischen Arbeitsnachweis antrag, der seit elf Jahren das bremische Parlament beschäftigt. 1898 wurde eine Deputation niedergesetzt, die 1905 einen Gesetzentwurf vorlegte. 1906 wurde dieser Entwurf zur nochmaligen Prüfung einer Kommission überwiesen, die nach und nach aus Gegnern des Entwurfs zusammengesetzt wurde und deshalb nichts mehr von sich hören läßt. Des weiteren bemängelte Redner den Erlass der Polizeikommission, betr. die Gebühren der Stellenvermittlung. Die im Schankgewerbe beschäftigten Arbeiter würden durch die hohen Gebühren schwer geschädigt. Ein Antrag auf Niederlegung einer "Sozialen Kommission" wird später beraten. Die für das Stadttheater geforderten 60 000 Mk. zur Unterhaltung und Ergänzung des Fundus usw. erregten Widerspruch. Genosse Rhein trat für die Bewilligung der Summe ein, die denn auch beschlossen wurde. Die Budgetberatung nahm nur vier Sitzungen in Anspruch, da der Herr Präsident ein abgekürztes Verfahren beliebte und dazu die Privilegierten bei jeder Gelegenheit mit Schlusstragen kamen.

## Gewerkschaftsbewegung.

**"Striche" als Streikbrecheragenten.** In Stolp in Pommern standen die organisierten Tischler in einem hartnäckigen Kampfe mit dem Unternehmertum. Der Kampf dauerte monatelang, da es den Unternehmern gelang, Arbeitswillige heranzuziehen. An der Vermittlung von Arbeitswilligen beteiligten sich auch die "Striche", indem sie versuchten, ihre Verbandsmitglieder zum Streikbruch zu bewegen. Als diese Tatlache von Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes ausgesprochen wurde, wurde gegen sie eine Besetzungsklage geführt. Daß die "Striche" die Lieferung von Streikbrechern tatsächlich übernommen hatten, dafür liegen jetzt Beweise vor und zwar eine Postkarte und ein Brief, die beide von Herrn Poethke, Sekretär des Gewerkschaftsvereins der S. D. unterschrieben und mit dem Vereinsstempel versehen sind. In diesen Schreiben, die während des Streits an auswärtige Tischler gerichtet sind, werden die Tischler aufgefordert, nach Stolp zu kommen, da hier sehr viel Arbeit vorhanden sei. U. a. wird auch gesagt, daß der Kampf bis aufs Messer geführt werde. Es werden dann den Arbeitswilligen die Stunden- und Wochenlöhne, sowie die Preise für Logis mitgeteilt. Recht bezeichnend für die Qualität der "Striche" ist auch die Mitteilung, an die Arbeitswilligen, daß ihnen 35-38 Pfg. Mindest-Stundenlohn wüßten, während einige Zeit später der Gewerkschaft ein Tarif bis zum Jahre 1913 abgeschrieben, worin als Mindestlohn 30-34 Pfg. pro Stunde angesetzt sind. Auch sonst zeigen sie sich als getreue Laieken der Unternehmer. Bei der Firma G. D. Bloch, Bautischlerei, hat der Holzarbeiterverband einen Tarif abgeschlossen. Das hindert natürlich die dort beschäftigten Gewerkschaftler durchaus nicht, unter Tarif zu arbeiten. Es ist sogar schon vorgekommen, daß sie in einer Woche 6 Mk. unter Tarif verdienten. Und solche Elemente laufen flugs zum Stad, wenn man sie beim richtigen Namen nennt.

**Die Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier** dauern noch immer an. Auf Zeche "Vergmann" bei Witten wird nun schon neun Wochen gestreikt. Ein neuer Einigungsversuch ist gescheitert. Die Kommission machte den Vorschlag, auf alle Forderungen zu verzichten bis auf eine bestimmte Aufbesserung des Kohlengebühres und der Schichtlöhne. Der Direktor erklärte, den Vorschlag greifen zu wollen. Schließlich gab er aber die Erklärung ab, daß es sich jetzt um eine Machtprobe handle und die Belegschaft auf alle Forderungen verzichten müsse, sonst mögen sie ruhig weiter streiken. Er gebe nicht mehr nach und wenn die Grube verlaufe. Mit allen gegen 7 Stimmen beschloß die Belegschaft, den Streik weiter führen zu wollen. Auf Zeche "Glückauf und Segen", wo wegen des doppelten Kohlennummernsystems gestreikt wird, ist die Lage, obwohl auch hier schon sechs Wochen gestreikt wird, noch immer unverändert. Als das letztemal die Kommission dem Vorschlag mit dem Direktor verhandeln wollte, warf ihr dieser vor, der Belegschaft einen falschen Bericht gegeben zu haben. Die Kommission bestritt das und erklärte auf des Direktors Ansinnen zu widerrufen, dies nicht tun zu können. Darauf lehnte der Direktor ein weiteres Verhandeln mit der Kommission ab. Die Belegschaft wählte eine neue Kommission, um Verhandlungen doch noch weiterführen zu können.

**Die Landarbeiterorganisation und der Bund der Landwirte.** Die Angst der Junker vor dem Erwachen der Landarbeiter hat sie dazu gebracht, zu dem gleichen Mittel zu greifen, mit dem die Industriearbeiter glauben, die Gewerkschaftsbewegung lahmlegen zu können: Die Subventionieren gelbe Arbeiterorganisationen. Die Stallschweizer, eine in Deutschland stark vertretene Gruppe landwirtschaftlicher Arbeiter sind seit Jahren zum geringen Teil in verschiedenen Verbänden "organisiert", die teilweise unter Leitung von Oberschweizern stehen, oder sich um das Fachblatt eines Druckereibesizers oder eines Stellenvermittlers gruppieren. Eine Gründung erster Art ist der Camenzündische Schweizerbund in Leipzig. Im vergangenen Jahre saß dieser Bund stark in Schulden. Da trat der "Bund der Landwirte" mit ihm in Verbindung und streckte erstmals 500 Mark vor. Es entstand ein Gegenseitigkeitsverhältnis, wonach der Bund der Landwirte sich erbot, so lange seine schützende Hand über den Schweizerbund auszustrecken, als dieser den Kampf gegen den Landarbeiterverband zu führen versprach. Wie der Camenzündische Schweizerbund im Auftrage der Junker diesen Kampf gegen die freie Arbeiterorganisation führt, zeigt ein Vorgang im Fürstentum Lübeck. In Gütin besteht ein Zweigverein des Bundes unter der Leitung eines Bundesangestellten und Stellenvermittlers Hans Meisinger. In der letzten Mitgliederversammlung stellten zwei Schweizer den Antrag, mit dem Zweigverein zum Landarbeiterverband überzutreten. Sie wurden aus dem Lokal gewiesen. Darauf gründeten sie mit etwa zwei Dutzend aus dem Bunde ausgetretenen Schweizern eine Ortsgruppe des Landarbeiterverbandes. Der Bundesangestellte Meisinger, der nebenher noch eine Oberschweizerstelle versieht, setzte sich mit seinem Unternehmer in Verbindung und beide schrieben an die Unternehmer der dem Landarbeiterverbande beigetretenen Schweizer Briefe, in denen die Entlassung dieser Arbeiter verlangt wurde. Der saubere Meisinger schrieb außerdem, alle Landwirte in der Umgebung seien bereits unterrichtet, der Schweizerbund werde sich auch an die Landwirtschaftskammer wenden, um die betreffenden Schweizer in Holstein unmöglich zu machen. Viel Ehre können übrigens Knuten-Dortel und der Bund der Landwirte mit ihren Schützlingen nach dem Muster Met-

inger nicht einlegen. Trotzdem gilt es, die Schweizer überall auf den Charakter dieser neuesten Schöpfung des Bundes der Landwirte, den Schweizerbund in Leipzig, hinzuweisen.

## Aus Nah und Fern.

**Die Bombe im Paket.** Durch einen verbrecherischen Racheakt wurde einer in Scherwindt in Ostpreußen lebenden Familie sehr böse missgespielt. Vor einigen Tagen war der in dem genannten Orte lebenden Frau Schwandtner aus einer Postkarte aus Königsberg das baldige Eintreffen eines Postpakets angezeigt worden. Beim Öffnen des am Mittwoch angekommenen Pakets erfolgte eine heftige Explosion. Frau Schwandtner und ihre Tochter wurden schwer verletzt. Die Wohnung der Familie wurde stark beschädigt. Bisher sind die Urheber der rachsüchtigen Tat nicht bekannt.

**Die Folgen sächsischer Sparpolitik.** Auf dem Bahnhof Triebes in Neuh. L. an der sächsischen Bahnlinie Mehltheuer-Weißbach-Verband wurden, wie schon kurz berichtet am Sonnabend von einem einfallenden Personenzug zwei Briefträger, die am Poststarren beschäftigt waren, überfahren. Der eine war sofort tot, der andere wurde schwer verletzt. Zu dem Unglück schreibt unser Geraer Parteiblatt: Am dem Unglück sind in erster Linie die miserablen Bahnhöfehältnisse schuld, die nun auch ein Menschenleben gefordert haben. Triebes hat einen sehr starken Güterverkehr, für den die Bahnhofsanlage zu klein ist, so daß die Personenzüge oft auf anderen Geleisen einlaufen müssen. Das war auch hier der Fall. Der Zug lief anstatt auf dem dritten auf dem zweiten Geleise ein. Zum Unglück ist auch die Beleuchtung auf dem Bahnhof herzlich schlecht. Auf dem ganzen Bahnhof steht ein einziger Lichtmast mit einer Petroleumglühlichtlampe. Der übrige Bahnhof liegt in tiefem Dunkel. Und auch der einzige Lichtmast wirkt einen breiten Schatten über die Geleise, so daß die beiden Beamten, die gerade an dieser Stelle beschäftigt waren, das Einfahren des Zuges auf dem anderen Geleise wohl nicht bemerkt haben. Sie wurden die Opfer einer Sparmaßnahme am falschen Platze. Würde man auf dem Bahnhofe eine elektrische Lichtanlage einrichten, die für die Dauer der Abfertigung oder Durchfahrt eines Zuges eingeschaltet werden könnte und die ganze Bahnhofsanlage genügend erhellt, so würden solche schweren Unglücksfälle vermieden werden können. Seit 15 Jahren wartet die Stadt Triebes auf einen neuen Bahnhof. Sparsamkeitsrück-sichten, die hier, wo es sich um das Wohl und Wehe von Menschenleben handelt, gar nicht am Platze sind, haben bisher den Bau verhindert. Es ist die alte Geschichte, die Spritze wird erst angeschafft, nachdem es im Dorfe wiederholt gebrannt hat.

**Verstümmelt.** Nach einer Meldung aus Köln wurden auf der Bahnbaustraße Baumholder-Heimbach in einem Tunnel drei Arbeiter durch fallende Steinmassen verstümmelt. Einer war sofort tot, zwei wurden schwer verletzt.

**Schwarze Pocken.** Wie die "Frankfurter Oberzeitung" meldet, sind bei einem gestern in das städtische Krankenhaus in Frankfurt eingelieferten Dienstmädchen echte Pocken festgestellt worden. Auch bei einem in das Krankenhaus zu Beesow gestern eingelieferten russischen Arbeiter aus Groß-Riech sind die Pocken festgestellt worden.

**Mord.** In Monastir wurde ein Oberleutnant von einem Major erschossen. Der Mordtat liegt folgender Vorfall zugrunde: Der Major, albanischer Herkunft, zerriß in einem Kaffeehause ostentativ eine türkische Zeitung. Zwischen ihm und dem Oberleutnant entstand ein Wortwechsel. Nachts lauerte der Major dem Oberleutnant auf, feuerte und verwundete ihn tödlich.

**Verteuerung des Patriotismus.** Daß der Fiskus eine Steuer für ein Kriegerdenkmal verlangt, dürfte wohl mancher nicht für möglich halten, ist aber doch Tatsache, wie in der Abgeordnetenversammlung des Verbandes der Krieger- und Landwehrvereine des Kreises Solingen (Stadt und Land), die am letzten Sonntag stattfand, festgelegt wurde. Kommerzienrat Römer in Bergisch-Neukirchen schenkte dem dortigen Krieger- und Landwehrverein die Summe von 10 000 Mk. zur Errichtung eines Kriegerdenkmals für die gefallenen und später verstorbenen Krieger. Der Steuerfiskus verlangte nun von dieser Stiftungssumme 5 Proz. (!!!), also 500 Mark. Der Einspruch hiergegen blieb bisher erfolglos, weshalb der Verein den Beschwerdeweg beschritten hat. Der Fiskus ist also dabei, den Kriegervereinen den Patriotismus auszutreiben. Wir haben natürlich gegen die Erhebung dieser Steuer nichts einzuwenden. Wenn man eine Wehrsteuer verlangt, weshalb sollte man dann nicht auch eine Patriotensteuer verlangen.

**Ein Eisenbahnunfall bei Rom.** Nicht vor den Toren Roms ereignete sich gestern früh ein schwerer Eisenbahnunfall. Dort stießen, wie berichtet wird, zwei Güterzüge zusammen, wobei drei Personen getötet wurden. Eine Person erlitt ernstliche Verletzungen. Drei Wagen wurden zertrümmert.

## Schiffsnachrichten.

### Schiffsbewegungen.

D. Porthan, Kapit. Gustafson, ist Mittwoch abend von Gango auf hier abgegangen.  
D. Rhénania, Kapit. C. Pahnke, ist am Dienstag von Hernösand auf hier abgegangen.  
D. Svithiod, Kapit. J. Borg, ist gestern vormittag 6 Uhr von Kalmar auf hier abgegangen.

## Literarisches.

### Eingegangene Schriften und Bücher.

„Neue Zeit“, Heft 32.

### Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ein:  
Arbeiter des Drägerwerks 2. Rate . . . 94,50 Mk.  
Kesselschmiede der Lüb. Maschinenbau-Gesellschaft . . . . . 15,95 „  
Hg. . . . . 1,50 „  
J. B. . . . . 1,00 „  
Das Parteisekretariat.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böttig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.



# HOLSTENHAUS

G. m. b. H.

LÜBECK

Holstenstr.

Jeder Einkauf führt zu grossen Ersparnissen.

Für 20 Pfennig eine Rabattmarke.

Extra billige

## Sonnabend-Angebote

in sämtlichen Abteilungen des Hauses!

### SOMMER-UNTERZEUGE

Macco-Herren-Jacken	1 45	1 10	95 <sub>3</sub>
Macco-Herren-Hemden	2 90	1 95	1 50 <sub>M.</sub>
Macco-Herren-Hosen	1 95	1 65	1 40 <sub>M.</sub>
Herren-Netz-Jacken	88	65	48 <sub>3</sub>
Herren-Netz-Beinkleider	1 85 <sub>M.</sub>		
Poröse Macco-Hemden	2 65	2 25	2 10 <sub>M.</sub>
Poröse Macco-Hosen	2 25	1 65	1 40 <sub>M.</sub>
Elegante farbige Unterwäsche Beinkleider, Jacken Garnitur 6.— u.	4 75 <sub>M.</sub>		

Macco-Hemden mit farbigem Einsatz	2 75	2 50 <sub>M.</sub>
Herren-Sporthemden imit. Flanell	4 75 <sub>M.</sub>	
Knaben-Sporthemden Flanell imitiert und Perkal	2 75	2 45 <sub>M.</sub>
Knaben-Zephir-Hemden	1 85	1 60 <sub>M.</sub>
Kinder-Sweater ausgeschnitten	1 35	1 10
Knaben-Hosen aus einfarbigem Trikot	1 95	1 75
Sweater-Garnituren Rock, Hose, Sweater u. Mütze	3 50	2 95
Plaidtücher	3 45	1 85

### HERREN-ARTIKEL

Bunte Oberhemden in modernen Farbenstellungen	4 75	4 25	3 45 <sub>M.</sub>
Farbige Garnituren Serviteur und Manschetten	1 65	1 45	95 <sub>3</sub>
Herren-Strohhüte	2 50	1 75	95 <sub>3</sub>
Knaben-Strohhüte	95	65	48 <sub>3</sub>
Herren-Jachtclub-Mützen	1 75	1 25	95 <sub>3</sub>
Leichte Herren-Sommermützen			90 <sub>3</sub>
Waschmützen für Knaben u. Mädchen	2 35	1 75	1 25 <sub>M.</sub>
Seppl-Hüte in Stroh und Washstoff	1 45	1 15	80 <sub>3</sub>

#### Knaben-Waschblusen

aus Tennis, Perkal und imitiertem Wiener Leinen, hochgeschlossen und Matrosenform

95<sub>3</sub> 1 45 1 85 2 40<sub>M.</sub>

#### Herren-Wasch-Joppen

aus Zwirnstoffen, Jagd- und Schilltuch

1 45 1 95 2 50 3 75<sub>M.</sub>

#### Herren-Sommer-Joppen

aus schwarzem u. farbigem Mohair

2 95 4 25 5 75 8 50<sub>M.</sub>

### SCHIRME

Herren-Regenschirme	11 50 bis	1 25 <sub>M.</sub>
Damen-Regenschirme	14 00 bis	1 25 <sub>M.</sub>
Kinder-Regenschirme	2 25 und	1 75 <sub>M.</sub>
Elegante Damen-Entoutcas in modernen Farben mit Seidenstreifen-Effekten	5 75 <sub>M.</sub>	
Elegante Damen-Entoutcas reine Seide mit langen modernen Stöcken 11,25 u.	7 50 <sub>M.</sub>	
EIN GELEGENHEITSPOSTEN		
Sonnenschirme Wert bis 4.00 weiß, creme u. gemustert	1 25 u.	95 <sub>3</sub>
Moderne Herren-Spazierstöcke in großer Auswahl		
6 00 5 25 3 75 2 75 1 95 1 25 bis		48 <sub>3</sub>

### GÜRTEL u. BANDER

Weisse Waschgürtel	1 50 bis	65 <sub>3</sub>
Sammet-Gummigürtel	3 50 bis	95 <sub>3</sub>
Gummi-Friseegürtel gold, silber, stahl	3 75 bis	95 <sub>3</sub>
Damen-Lackgürtel	1 25 bis	50 <sub>3</sub>
Kinder-Lackgürtel	65 bis	18 <sub>3</sub>
Seidene Schärpenbänder ca. 11 cm breit . m	48 <sub>3</sub>	
Seidene Schärpenbänder ca. 16 cm breit . m	95 <sub>3</sub>	
Kinder-Stickereikragen	65 <sub>3</sub>	
Kinder-Garnituren Kragen- u. Ärmelaufschläge	1 25 u.	98 <sub>3</sub>
Halsrüschen weiß und farbig gepaspelt	10 <sub>3</sub>	

### TAPISSERIEN

Hemdenpassen vorgezeichnet	1 25	95	68 <sub>3</sub>
Russenkittel vorgezeichnet	2 25	1 75	1 25 <sub>M.</sub>
Spielschürzen vorgezeichnet	1 65	1 25	95 <sub>3</sub>
Picknick-Dosen vorgezeichnet	1 10	90	65 <sub>3</sub>
Plaid- u. Schirmhüllen vorgezeichnet	1 75	1 50	95 <sub>3</sub>
Tischservietten vorgezeichnet	1 25	75	48 <sub>3</sub>
Stuhlkissen vorgezeichnet	1 25	75	48 <sub>3</sub>
Besen-Handtücher vorgezeichnet	1 75	1 25	95 <sub>3</sub>
Küchen-Handtücher vorgezeichnet	1 60	1 25	95 <sub>3</sub>
Parade-Handtücher	1 60	1 25	75 <sub>3</sub>

#### Schwarze Damen- und Herren-Stiefel

solide Fabrikate, in schmalen und breiten Formen

4 90 6 90 8 75 10 50

#### Eleg. Promenaden-Halbschuhe

moderne Pumps u. Mollierrassons, in Stoff, Gems- und Lackleder

5 90 6 50 7 75 9 50

#### Braune Damen- und Herren-Stiefel

schmale, breite u. amerik. Formen in eleganter Luxus-Anfertigung

8 75 9 50 10 50 12 00

Ausserordentlich billige Preise für Lebensmittel.

Vom Lübecker Schlachthof:  
Prima junges  
**Rindfleisch**  
**65**  
Pfennig  
Pfund  
Bratenstücke . . . Pfund 75<sub>3</sub>

Neue Gurken	25 und	20 <sub>3</sub>
Frischer Salat	2 Kopf	15 <sub>3</sub>
Junger Spinat	1 Pfund	10 <sub>3</sub>
Radieschen	2 Bund	12 <sub>3</sub>
Rhabarber	4 Bund	17 <sub>3</sub>
Zitronen große	1 Dutz.	39 <sub>3</sub>
Maitrank aus frischen Kräutern	1 Flasche	1 15 <sub>M.</sub>
Moselwein	1 Flasche	1 10 <sub>M.</sub>
Fruchtsaft	1 Flasche	98 <sub>3</sub>
Fruchtwein Trocadero		63 <sub>3</sub>
Feinstes Tafelöl	1/4 Flasche	35 <sub>3</sub>

Frischer hiesiger  
**Spargel**  
Pfund 48 u. 72 Pfennig.  
Suppenspargel . . . Pfd. 24<sub>3</sub>  
Apetitsild . . . Dose 38<sub>3</sub>  
Anchovis . . . Glas 28<sub>3</sub>  
Schweineschmalz . Pfd. 63<sub>3</sub>  
Palmitin . . . Pfd.-Pak. 63<sub>3</sub>  
Feinste Süsrahm-Margarine  
Pfd. 68 u. 58<sub>3</sub>  
Speck, mager . . . Pfd. 83<sub>3</sub>  
Grobe Landwurst . Pfd. 95<sub>3</sub>  
Tilsiter Käse Pfd. 68 u. 48<sub>3</sub>  
Schweizer Käse . . . 78<sub>3</sub>  
Holländer Käse, alt . . 98<sub>3</sub>

Zucker Pfd.	21 <sub>3</sub>	Salz Pfd.	9 <sub>3</sub>
Weizenmehl 3 Pfd.	45 Pfd.	16 <sub>3</sub>	
Reismehl	1 Pfund	16 <sub>3</sub>	
Buchweizengrütze	1 Pfund	18 <sub>3</sub>	
Maismehl	1 Pfund	29 <sub>3</sub>	
Puddingpulver	10 Pakete	45 <sub>3</sub>	
Rote Grützepulver	10 Pak.	45 <sub>3</sub>	
Kakao garant. rein	1 Pfund	75 <sub>3</sub>	
Block-Schokolade	1 Block	55 <sub>3</sub>	
Zucker-Honig	1 Pfund	28 <sub>3</sub>	
Marmelade gem. 5-Pfd.-Eim.	1	1 15	
Pflaumenmus 5-Pfd.-Eimer		98 <sub>3</sub>	

Vom Lübecker Schlachthof:  
Prima junges  
**Schweinefleisch**  
**60**  
Pfennig  
Pfund  
Karbonade mit Fett und Bratenstücke Pfd. 70<sub>3</sub>

Im Erfrischungsraum: Eis-Creme . . . Porzion 15<sub>3</sub> Eis-Kaffee . . . 15<sub>3</sub> Eis-Baiser . . . 10<sub>3</sub> Eis-Schokolade . . . 20<sub>3</sub> Eis-Sorbet . . . 20<sub>3</sub>



## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 11. Mai 1911.

172. Sitzung. Mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstische: DeLbrück.

Die Beratung der

### Reichsversicherungsordnung

wird fortgesetzt bei Abschnitt Klassenorgane (§§ 339 bis 361). Die Beratung über den ersten Teil (Zusammenfassung bei Orts- und Landkrankenstellen) § 339 bis 361 wird verbunden. Nach den endgültigen Beschlüssen der Kommission werden die Geschäfte der Klasse vom Vorstand und Ausschuss besorgt. Die Ausschussmitglieder dürfen nicht zugleich Vorstandsmitglieder sein. Zum Vorsitzenden ist gewählt, wer die Mehrheit der Stimmen der Vorstandsmitglieder sowohl der Arbeitgeber als auch der Versicherten erhält. Kommt nach zwei Wahlen diese vorgeschriebene Mehrheit nicht zustande, so bestellt der Vorstand des Versicherungsamts einen Vertreter, der bis zu einer gültigen Wahl Rechte und Pflichten des Vorsitzenden auf Kosten der Klasse ausübt. Auf Beschwerde entscheidet das Oberversicherungsamt endgültig. Gegen den Widerspruch der Mehrheit der Arbeitnehmer darf kein Arbeitgeber, gegen Widerspruch der Mehrheit der Arbeitgeber darf kein Arbeitnehmer bestellt werden. Bei der Landkrankenstelle wird der Vorstand von der Vertretung des Gemeindeverbandes zu zwei Dritteln aus den Arbeitgebern, zu einem Drittel aus den Arbeitern gewählt. Auch Vorsitzender und Stellvertreter werden bei der Landkrankenstelle vom Gemeindeverband gewählt. Dagegen werden der oder die Stellvertreter des Vorsitzenden der Ortskrankenstelle von den Vorstandsmitgliedern in ungetrennter Wahlhandlung gewählt. Das Stimmrecht der einzelnen Arbeitgeber ist nach der Zahl ihrer versicherungspflichtigen Beschäftigten zu bemessen. Durch Satzung kann jedoch nur mit Zustimmung des Ober-Ver sicherungsamts Abstufung und Höchstzahl vorgeschrieben werden. Die Wahlen der Vertreter zur Ortskrankenstelle können durch Vorbericht der Satzung nach Bezirken oder Berufsgruppen vorgenommen werden. Vorstand und Ausschuss der Ortskrankenstelle haben je zu einem Drittel aus Arbeitgebern und zu zwei Dritteln aus Versicherten zu bestehen. Die Wahlen zur Landkrankenstelle können auf Anordnung der Landesregierung in Bezirken, die keine Ortsbezirke enthalten, statt der Vertretung des Gemeindeverbandes den Vertretungen der einzelnen Gemeinden übertragen werden. Durch Landesgesetz kann der Wahlmodus der Ortskrankenstellen für die Landkrankenstellen eingeführt werden.

Hierzu beantragen die Abgg. Albrecht und Gen. (SD.) Streichung der Bestimmung, daß bei den Vorsitzendenwahlen die Mehrheit in beiden Gruppen (Arbeitgeber und Versicherte) nötig sein sollen, sowie eventuell, daß die Entschädigung des vom Versicherungsamte bestellten Vertreters nach den Sätzen der Klasse zu erfolgen hat, ferner Streichung des Wahlrechts der Gemeindeverbandsvertretung zur Landkrankenstelle und der Abstufung des Wahlrechts der Arbeitgeber.

Die Fortschrittler (Dr. Alblay und Gen.) beantragen ebenfalls Streichung der doppelten Majorität und der Sonderbestimmungen für die Landkrankenstellen.

Mehrere Anträge der Polen (Wandys und Gen.) decken sich inhaltlich mit den fortschrittlichen Anträgen.

Graf Westarp (K.): Die Sozialdemokraten haben uns vorgeworfen, wir seien Trappisten geworden, wir hätten uns in Schweigen: Memento mori! Daß die Sozialdemokratie die politischen Organisationen als Kampfweise ansieht, ist ihr gutes Recht. Ganz unzulässig ist aber die Ausnutzung der Krankenkassen. Das ist ein Mißbrauch, dem wir entgegenzutreten. Für uns zeigt sich das Endziel der Sozialdemokratie in Äußerungen ihrer Vertreter selber, dann aber auch in der Haltung der Arbeiter, die zum größten Teil nichts von der Wirtschaft der Sozialdemokraten in den Krankenkassen wissen wollen. Die Düsseldorf-Verträge, die die unklügelbare Anstellung der Kassenebeamten vorsehen, sind für uns unannehmbar. Viele Beamte — das ist nachgewiesen — nutzen ihre auf Lebenszeit gesicherte Stellung zu politischen Zwecken aus. Die Sozialdemokratie schlägt den Interessen und Anschauungen des öffentlichen Lebens ins Gesicht, um ihre Parteiinteressen zu fördern. (Großer Lärm bei den Sozialdemokraten. Ledebour ruft: Sie wollen wie ein Hund, wie ein Polizeihund! Wegger ruft: Frecher Junker!)

Graf Schwerin-Löwiz: Ich rufe die Abgg. Ledebour und Wegger zur Ordnung.

Graf Westarp fährt fort: Wir wollen festhalten an dem Grundsatz, daß nur unbescholtene, unbestrafte Menschen öffentliche Ämter einnehmen sollen, und daß öffentliche Geldmittel nur zu dem Zweck verwendet werden, zu dem sie gegeben sind. Dagegen verstößt die Sozialdemokratie fortgesetzt. (Große Unruhe. Abg. Brühne ruft: Gemeinheit!)

Präsident Graf Schwerin-Löwiz: Abgeordneter Brühne, ich rufe Sie zur Ordnung.

Graf Westarp fährt fort: Daß Militäranwärter, die unbescholtenen Söhne unseres Volkes, in die Kasseneämter kommen könnten, ist für die Sozialdemokraten unerträglich. Auch Streikbrecher müssen in den Krankenkassen bei den Verhandlungen und der Erhebung der Beiträge genau so behandelt werden wie die organisierten Arbeiter. Gerichtlich ist festgestellt, daß ein nichtsozialdemokratischer Kassenebeamter durch die Behandlung, die ihm zuteil wurde, zu Tode gekehrt wurde. (Zuruf rechts: Brüderlichkeit!) Wir wollen es erweisen, daß die Krankenkassen das wieder werden, wozu sie geschaffen sind, nicht Versorgungsstätten für sozialdemokratische Agitatoren, sondern Stätten der Fürsorge für Kranke. (Lebhafte, sich wiederholender Beifall; Zischen und Unruhe b. d. Soz.)

Schhorn (SD.): Graf Westarp hat es gewagt, hier von Reinlichkeit in der Kassenverwaltung zu sprechen. Das sagt der Vertreter einer Partei, der ein Hammerstein angehört hat, einer Partei, die die systematische Entrechtung der Arbeiter, die den Brotwucher, die Kaltschmiedel usw. zu vertreten hat, die auch die 12 000 Mk. Bestechungsgelder des Zentralverbandes der Industriellen gebilligt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Derselbe Redner, der hier von Reinlichkeit spricht, bringt dann eine Menge Andeutungen über Mißbräuche, Mißstände in den Krankenkassen, bringt Verdächtigungen in Fülle und Fülle und verzichtet schließlich hinter die elende Phrase, daß der

Reichstag nicht das richtige Forum sei, um für solche Behauptungen den Beweis anzutreten. (Hört, hört! bei den Soz.) Eine Partei, die derartiges auf dem Kerbholz hat, darf nicht von Reinlichkeit reden. Graf Westarp zitierte den Trappistengruß: Gebenedet des Endes. Aber er hat sich geirrt, die Trappisten tauschen dies Wort als Gruß unter sich und nicht gegen andere aus. Wenn Graf Westarp es so gemeint hat, daß er seinen Parteigenossen zuzurufen will: Gebenedet des Endes, so sind wir ganz damit einverstanden. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Entrechtung, die jetzt an der Arbeiterklasse vollzogen werden soll, führt hoffentlich dazu, daß Sie (nach rechts) recht bald den Trappistengruß in Ihren Reihen zur Anwendung bringen können. (Sehr gut! b. d. Soz.) Es handelt sich hier um nichts Geringeres, als um eine völlige Entrechtung der Arbeiter, um eine Vereinfachung der Selbstverwaltung der Arbeiter, ein verschleiertes Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie. Die Unternehmung der Arbeiterklasse am öffentlichen Leben ist den herrschenden Klassen von jeher ein Dorn im Auge gewesen. Soweit sich die Arbeiterklasse bemüht hat, öffentlichen Einfluß zu gewinnen, haben wir die Kämpfe von der anderen Seite, um die Arbeiterklasse systematisch zurückzuführen. Das mühsam Erungene muß in vielen Fällen ebenso hartnäckig verteidigt werden, wie es errungen wurde. Das trifft auch auf den Einfluß der Arbeiter in der Krankenkassenverwaltung zu. Gewiß stehen in den Krankenkassen die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer und Arbeiter einander häufig gegenüber, gewiß, es ist sehr schwierig, auf diesem Gebiete gegenseitig und erfolgreich zu arbeiten, aber glänzend und in mühsamer Weise haben die Arbeiter und gerade die sozialdemokratisch organisierten und durchgebildeten Arbeiter in den Krankenkassen gearbeitet. Was heute aus den Ortskrankenstellen geworden ist, verdanken sie in der Hauptsache der Verwaltung der Arbeiter. Wo Mißstände vorhanden waren, sind sie von organisierten Arbeitern beseitigt worden, diese haben im Dienste der Versicherten und damit auch indirekt im Dienste der daran beteiligten Unternehmer gearbeitet. Gerade durch die sozialdemokratische Leitung ist vielfach jahrelang bestandenem Ungeheuerlichkeiten und einer beispiellosen Lohndrückerei in den Klassen ein Ende gemacht worden. Sie sind zur Blüte gebracht worden unter der Leitung von Sozialdemokraten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn Graf Westarp hier die Litteraten Vorwürfe gegen die Krankenkassenleitungen erhoben hat, so scheint er ganz zu übersehen, daß die Behörden ja das Aufsichtsrecht über die Kassen haben. Seine Vorwürfe richten sich also indirekt auf das empfindlichste gegen die Aufsichtsbehörden. Diese müßten geradezu sträflich gearbeitet haben, wenn sie solche grobe Mißstände geduldet hätten, von denen Graf Westarp sprach. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wo sind denn da die Landräte geblieben, die ihre Klais in jeden Quark stecken, die politische Agitation treiben, und die Lokale abtreiben usw. Freilich haben die Aufsichtsbehörden früher versagt. Wir sind nicht wenig Fälle bekannt, wo sozialdemokratische Kassenvorstände häufig genug erst im Beschwerde- und Klagewege Rechte für die Versicherten erzwingen mußten, die die Aufsichtsbehörden von vornherein den Arbeitern hätten garantieren müssen. Erst als die organisierten Arbeiter, die Sozialdemokraten, Einfluß auf die Kassenverwaltungen ausübten, da wurde auf einmal die Aufsicht mobil und mit ihr die Gegner der Selbstverwaltung der Krankenkasse. Graf Westarp behauptete, die Krankenkassen seien ein Pfeiler, auf dem die Sozialdemokratie ruhe. Das ist ein großer Irrtum. Die Krankenkassenverwaltung hat mit der politischen und wirtschaftlichen Organisation gar nichts zu tun, sie kommt für den inneren Aufbau und für die Macht der Entwicklung der Sozialdemokratie gar nicht in Betracht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Aber es ist den Blockpartei, die diesmal durch die Nationalliberalen erweitert sind, die sich vereinigt haben, um das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in den Krankenkassen zu zerschmettern, ein Dorn im Auge, wenn sie sehen müssen, daß Sozialdemokraten positive Arbeit leisten. Gehört es doch zu den abgebrochenen Schlagern ihrer Agitation gegen uns, daß die Sozialdemokratie nur Negatives leisten könne. Bülow hat ja noch bei den letzten Blockwahlen mit dieser unzüchtigen, törichten Phrase gearbeitet. Eine solche Behauptung bedeutet eine faustdicke Unrichtigkeit. Ganz abgesehen von der jahrelangen guten Entwicklung der Krankenkassen, hat die Sozialdemokratie überhaupt auf sozialpolitischem Gebiet, wie keine andere Partei, positive gearbeitet. Wenn einmal von einem späteren Geschichtsschreiber die Akten der Beratung der Reichsversicherungsordnung aufgeschlagen werden, und er dann sehen wird, wie die Sozialdemokraten ganz allein Tag für Tag Anträge auf Verbesserung gestellt und in der sachlichsten und ruhigsten Weise begründet hat, wie auf der anderen Seite völlige Stille herrschte und es nur immer hieß: Abgelehnt, abgelehnt, abgelehnt, dann wird er allerdings umso mehr zu der Überzeugung kommen, daß die positive Leistungsfähigkeit nicht auf jener Seite, sondern bei der Sozialdemokratie liegt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die törichte Behauptung, daß die Sozialdemokratie die Krankenkassen ruiniert habe, bricht in sich zusammen, wenn man sich die Verwaltung der Ortskrankenstellen näher ansieht. In zahllosen Fällen haben früher Unternehmer und kurzfristige, irreführende Arbeiter in den Krankenkassen den Karren in den Dreck gefahren und erst eine sozialdemokratische Verwaltung mußte diesen Karren wieder aus dem Dreck herausziehen. (Sehr wahr! b. d. Sozialdem.) Ich werde Ihnen nachher eine Reihe von Zeugnissen von Unternehmern dafür anführen. Denn ich bleibe Ihnen nicht, wie Graf Westarp, die Beweise für meine Behauptungen schuldig. Diese positive Arbeit der Sozialdemokratie in den Krankenkassen erlebte steigenden Nummern in den Kreisen der preussischen Reaktion, in denen man sich nicht daran gewöhnen kann, die Sozialdemokratie als gleichberechtigte Partei zu betrachten. Da auf einmal entdeckte man nach fast zwanzigjährigem Wirken der organisierten Arbeiter, daß Mängel in der inneren Verwaltung der Krankenkassen vorhanden sein könnten. Im Jahre 1900 erging jenes geheime Zirkular des preussischen Ministers des Innern an den Regierungspräsidenten, in dem gefragt wurde, wo Sozialdemokraten in den Vorständen der Kassenverwaltungen seien. Was hatte diese Frage mit der soliden Verwaltung zu tun? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Weiter fragte der Minister, in welcher Weise Mißbrauch mit der Verwaltung getrieben würde und ob Streitigkeiten mit den Ärzten und Apothekern vorkämen, und zum Schluß kam dann die skandalöse Frage, ob Unterschlagungen in den Krankenkassen vorkämen. Hat man schon einmal davon gehört, daß ein Rundschreiben an die Regierungspräsidenten ergangen wäre mit der Frage, wo in Gemeindeverwaltungen und sonstwo Unterschlagungen

vorgekommen seien? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Als dies Rundschreiben herauskam, war das Urteil gegen die Krankenkassen schon fertig. Regierungsrat Hoffmann hatte seine Vorschläge zur Vernichtung der Selbstverwaltung in den Krankenkassen bereits gemacht. Es ging hier wie bei der Zuchttausbildung, wo man auch erst nachher Material für die Begründung gesammelt hat. Der Plan ging dahin, die Ortskrankenstellen an die Gemeindeverwaltungen anzuknüpfen und das Selbstverwaltungsrecht völlig aufzuheben. Dieser Vorstoß blieb zunächst ohne Erfolg. Als dann aber Graf Posadowsky ausgeschiedet war, berief der jetzige Kanzler von Bethmann-Hollweg seine Oktoberkonferenz nach Berlin. Er befand sich damals schon in der gottgewollten Abhängigkeit von Großindustriellen und sunterlichen Reaktoren (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten) und bezieht sich daher, den Versuch zu machen, nimmere die Vernichtung der Selbstverwaltung der Krankenkassen zu realisieren und jenen Plan von 1900 zur Durchführung zu bringen. Aber die Konferenz vom 23. Oktober 1908 hatte nicht den gewünschten Erfolg. Die Begründung zur jetzigen Vorlage muß auf Seite 119 selbst zugehen: Tatsächlich hat eine Anzahl von Arbeitgebern das Vorhandensein parteipolitischer Mißbräuche innerhalb der Verwaltung der Krankenkassen nachdrücklich in Abrede gestellt. (Hört! hört! bei den Soz.) Das sind dieselben Arbeitgeber, von denen Graf Westarp immer noch erzählt, sie hätten sich bedrängt durch parteipolitische Mißbräuche. Freilich Graf Westarp nahm Bezug auf den reichsverbändlerischen Liegenpeter Dr. Möller. Dieser behauptet in seinem Buch, die Sozialdemokraten hätten dafür Sorge zu tun, daß dieser Reichskonferenz nur dreifach gestellte Vertreter von Arbeitgebern geschickt wurden. Ich will Ihnen hier gleich die beispiellose Verlogenheit des Verfassers dieses Buches beweisen. Das Reichsamt des Innern hatte ausdrücklich angeordnet, daß die Wahlen der Vertreter zu dieser Konferenz in getrennten Wahlgängen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu erfolgen hätten. Beide Teile wählten für sich die Vertreter, also die Arbeiter hatten nicht den geringsten Einfluß auf die Wahlen der Arbeitgeber. Das Urteil jener Arbeitgeber auf der Oktoberkonferenz, daß in den Krankenkassen keine Mißwirtschaft bestehe, werden Sie nicht so leicht erschüttern. Der Kommerzienrat Mehl, den Sie doch gewiß nicht der stillen Unabergierlichkeit der Sozialdemokratie geihen werden, schrieb unmittelbar nach jener Konferenz in der Arbeitgeberzeitung, daß diese Anklagen überwiegend aus den Kreisen unzufriedener Krankenkassenärzte und unzufriedener Krankenkassenbeamten stammten. (Hört! hört! b. d. Soz.) Den Werkmeisterverein werden Sie wohl auch nicht verdächtigen der Vorschubleistung für die Sozialdemokratie und dieser Verein verlangt in einem heute an uns gelangten Telegramm, wir möchten für die Ausdehnung der Unfallversicherung für alle Arbeiter eintreten, für die Erhöhung der Einkommensgrenze, für die Ausdehnung der Witwen- und Waisenversicherung, für das Stimmrecht der freiwilligen Mitglieder, für das aktive und passive Wahlrecht der Frauen und gegen jede Beschränkung der Selbstverwaltung — alles Forderungen, die wir stets vertreten haben. Trotz aller dieser Zeugnisse will die Regierungsvorlage den Arbeitern Rechte entziehen, die sie seit nunmehr fast drei Jahrzehnten besitzen. Wo ist denn das Material über die angeblichen Mißstände, um dies zu rechtfertigen? Die Motive der Vorlage sagen darüber nur: ein großer Teil der Angaben, die das Eindringen der politischen Tendenzen in die Kassenverwaltungen rügen, rührt von den Aufsichtsbehörden und Staatsbehörden her, denen ein unbefangenes Urteil nicht abgesprochen werden kann. Verwaltungsbehörde und unbefangenes Urteil! (Heiterkeit.) Da muß man sich den Grafen Westarp, der ja auch Verwaltungsbeamter ist, vorstellen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es heißt: ein großer Teil der Angaben. Wo sind denn diese und die andern Angaben! Heraus damit! damit wir sie prüfen können. Ist es denn Mode, jemanden zu verurteilen, ohne daß man auch nur die Anklage hört? Befinden wir uns denn im Mittelalter, wo ein beliebiger Beamter Akten aufstellen kann, auf Grund deren ein Mann verurteilt und geköpft wird, ohne daß er erfragt, weswegen? Genau das ist das Verfahren der Regierung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Sie macht dunkle Andeutungen über das Material von Mißständen und sagt mit keiner Silbe, was geschehen ist. Fünftausend Kassen soll das Selbstverwaltungsrecht genommen werden, die Vorstandsmitglieder und die Ausschüsse werden der schlimmsten Korruption beschuldigt, ohne daß die Anklagen begründet sind; das Material wird nur angedeutet. (Zuruf bei den Soz.: Es gibt eben feins!) Hinter dem zitierten Satz macht die Regierung allerhand Redensarten. Es heißt da: die Kassen können ihren Aufgaben nur gerecht werden, wenn die Überzeugung davon, daß keinerlei fremdartige Rücksichten im Spiel sind, wie die Versicherten, so auch die Arbeitgeber durchdringt. Was hat denn die Überzeugung der Arbeitgeber mit den Leistungen der Klasse zu tun? Nicht das allgeringste! (Sehr wahr! bei den Soz.) Weiter heißt es: die Kassen dürfen nicht zum Ausgangspunkt von Bestrebungen gemacht werden, die ihre Spitze gegen die Arbeitgeber richten. Ich meine, die Klasse hat ihre Spitze gegen niemand zu richten, sie hat lediglich Verpflichtungen gegen die Versicherten zu erfüllen. Dieser Satz ist diktiert von großer Rücksicht auf die Arbeitgeber, gegen die Arbeiter hat man diese Rücksicht nicht. Denn die Fälle sind nicht selten, wo die Kassen im Lohnkampf für die Unternehmer mißbraucht werden (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Die Knappschaffskassen!) Jawohl, aber auch die Bauinungskrankenkasse in Königsberg ist von den Unternehmern mißbraucht, indem der Rentant unentgeltlich den Arbeitsnachweis der Unternehmer zuverfügen hatte und die Klasse wurde geradezu zu einem Maßregelungsbureau. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Einen solchen skandalösen Fall des Mißbrauchs der Kassenverwaltung durch die Arbeiter gibt es nicht. Schließlich heißt es in den Motiven noch: Die Kandidaten zu den Vorstands- und Ausschusswahlen werden häufig von politischen und gewerkschaftlichen Organisationen aufgestellt. Alle Achtung, wenn das ein Beweis des Mißbrauchs sein soll, ist die Regierung mit ihrem Material recht bescheiden. Sollen die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Arbeiter etwa darauf verzichten, ihre Vertrauensmänner in die Ämter zu senden, die sie zu besetzen haben? Für so große Güter dürfen Sie uns nicht halten, daß wir unser Wahlrecht wegen der Empfindlichkeit und des Volkstollers der Unternehmer preisgeben. Es ist kein Mißbrauch, wenn der Wähler sein Wahlrecht braucht, wie er will. Ob die Wähler sich politischen oder wirtschaftlichen Organisationen anschließen oder sich vereinen zur Vorbereitung von Kassenwahlen, das geht keine Regierung etwas an. Gätten Mißbräuche stattgefunden, so wäre die Aufsichtsbehörde pflichtmäßig eingeschritten. Die Re-



gerung kennt eben keine Mißbräuche und begnügt sich daher mit Nebenarten und mit der Schlussphrase: „Wenn man hiernach auch ganz von der Frage absteht, in welchem Umfange Mißbräuche tatsächlich vorgekommen sind, so wird man die Notwendigkeit, Kranteln zu schaffen, schon von der Möglichkeit von Mißbräuchen herleiten.“ (Lebhaftes Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Gibt es einen größeren Skandal, als die Beschäftigung auf die Möglichkeit von Mißbräuchen aufzubauen. Warum sperrt man denn nicht alle Junker ein, die ja immer die Gefahr mit sich bringen, ihre Macht in der Beschäftigung gegen die Rechte des Volkes zu mißbrauchen. (Lebhaftes Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) So begründet man einen Entwurf, der viele Millionen von Arbeitern entrechtet soll, der 5000 Krankenkassen, die unter der Hilfe der Arbeiter emporgelblüht sind, einfach dem Gutdünken der Verwaltungsbehörde ausliefert. Das dies eine wirkliche Begründung nur verschleiert, scheint man schließlich eingesehen zu haben, und beruft sich auf den beschützten Reichsverband, der schon längst eine Pflanztruppe der Regierung geworden ist. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ihr Herr und Leiter!) Jawohl, fast kann man das sagen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Er kommandiert sie ja!) Diesem Reichsverband war es ein leichtes, den Mann mit dem robusten Gewissen und dem nötigen Ehrgefühl zu finden, der das Material für die Regierung herbeischaffte. Er hat in einem 447 Seiten starken Buch allerdings Unrat über etwa 180 Krankenkassen ausgeschüttet, und dies soll das einzige Material sein für die Entrechtung der Arbeiter! Graf Westarp hat vorsichtigerweise gesagt, er unterbreite nicht alles, was in dem Buch steht, aber schon der Umstand, daß er dies Buch als verdienstvoll bezeichnet hat, macht ihn zum Mitschuldigen. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Vorauszusehen will ich, daß nicht bestritten werden soll, daß einzelne Ungehörigkeiten vorgekommen sind, wo gäbe es eine Verwaltung, bei der das nicht der Fall ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Graf Westarp und seine Freunde haben am wenigsten Recht, anderen Mißbräuche vorzuwerfen. Haben Sie denn die Landratsmehrwirtschaft in Preußen vergessen? (Sehr gut! b. d. Soz.) Graf Westarp will Krankenkassenkontrollen verbieten, sich in ihrem Privatleben als Sozialdemokraten zu betätigen und Geld für sozialdemokratische und gewerkschaftliche Zwecke zu sammeln. Aber in ihren eigenen Reihen sitzen Richter, die in häßlichster Weise politisch tätig sind, und ist Graf Westarp nicht ein lebendes Beispiel für die Verquickung von Amt und politischer Betätigung. (Sehr gut! b. d. Soz.) Er als Verwaltungschef stellt sich hier her und hält eine von Vereingnommenheit strotzende Rede, die ihn absolut unfähig macht, unparteiisch zu handeln. (Zust. b. d. Soz.) Die Heuchelei, und das Pharisäertum kann nicht schlimmer sein, als bei den Leuten, die ihre ganze Macht politisch mißbrauchen und uns das Recht abspredchen wollen, Parteiangehörige in irgend ein Amt zu drängen. Diesem Pharisäertum gegenüber darf ich noch einmal feststellen, daß die Selbstverwaltung der Arbeiter unendlich höher steht als die Verwaltung, die von der reaktionären Partei durchgeführt ist. (Lebhaftes Zustimmung bei den Soz.) Das Vorkommen einzelner Ungehörigkeiten bestritten wir nicht, aber auf das verschiedene bestritten wir, daß Sünden in den Mißbräuchen liegt, Sünden, das aus der sozialdemokratischen Anteilnahme an der Klassenverwaltung erwächst. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Versuchen Sie doch nur einmal einen Augenblick ehrlich zu sein. (Zuruf bei den Soz.: Das ist ihnen unmöglich!) Ich gebe zu, daß es Ihnen sehr schwer fällt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Seit 1/2 Jahrzenten haben unsere bürgerlichen Gegner und die Unternehmer und Behörden und vor allem jetzt die Schmierelente des Reichsverbandes den sogenannten Mißbräuchen in den Krankenkassen nachgespürt, und herausgefunden sind ein paar winzige Fälle: in dem ganzen Mollerbuch. Dies Resultat ist eine geradezu glänzende Bestätigung der korrekten Verwaltung in den Ortskrankenkassen. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Könnten und wollten die Sozialdemokraten mit so perfiden Mitteln durchschnüffeln, was in bürgerlichen Verwaltungen vorgeht, in Gemeindeverwaltungen, Landratsämtern und noch höher hinauf, so könnten wir wohl tausend Mollerbücher füllen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dr. Möller war angestellter Arzt an der Münchener Ortskrankenkasse. Er verlangte eine lebenslängliche Anstellung (Hört, hört! b. d. Soz.) und ziemliche Machtbefugnisse. Dies wurde abgelehnt, und als ein Assistenzarzt angestellt wurde, der ihm nicht passte, schied er aus dem Dienst der Kasse und da hat er auf einmal entdeckt, daß die Ortskrankenkasse zum Lummelstag parteipolitischen Interessen dient, da hat er gesagt, daß die Kasse, die durch die reichen Mittel der Kasse versorgt werden, ihre Kassenstätigkeit als Nebenberuf ansehen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Diese Anklagen, die Graf Westarp sich zu eigen macht, sind weiter nichts als wahllos zusammengetragene Zeitungsauschnitte, wahllos zusammengetragen aus dem, was politische Gegner, verärgerte Beamte und verärgerte Ärzte geschrieben haben. Diese dreie Talschmünzerei der Wahrheit nennt der Möller „frühhilfliches Material“. Dabei ist es meist sehr alt und könnte sehr wohl aus dem Material stammen, das auf das Zirkular des preussischen Ministeriums des Innern seinerzeit eingegangen ist. Falls sich das Schweigeverbot des Landratspräsidenten nicht auch auf die Regierung erstreckt, möchte ich die Frage an die Regierung richten. Wo ist ihr Material dem Möller ausgeliefert hat. (Zuruf b. d. Soz.: Möller wird bald in der Regierung sitzen!) Das ist ja leicht möglich. Das ganze Tatsachenmaterial kann ich im Rahmen einer einzigen Rede natürlich auch nicht einigermaßen erschöpfend behandeln. Aber ich stelle fest, daß in mindestens neun Zehntel der Fälle amtliche Verordnungen seitens der Kassenvorstände erfolgt sind und daß der Möller diese Verordnungen sämtlich unterschlagen hat. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Ich habe Hunderte von Zuschriften von Kassenvorständen durchgearbeitet, also auch von Arbeitgebern, die entrückt gegen die Möllerischen Angriffe protestierten. Einzelne Kassen klagen auch, anderen ist der Reichsverband-Möller nicht wichtig genug dazu. Dagegen hat der Möller jetzt einige Prozesse angehängt gegen Männer, die keine Schwindelnotizen niedriger gehängt haben, wahrheitsgemäß, um seinem Verbandsfreund Herrn von Liebert Gelegenheit zu geben, hier zu sagen: es ist ja Klage erhoben, also ist alles wahr. Aber mit solchem Schwindel kann man keine Geschichte mehr machen. In dem Mollerbuch ist vom Wahlterrorismus bei den Krankenkassenwahlen die Rede. Das Recht, Stellung zu den Wahlen zu nehmen, lassen wir uns nicht streitig machen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Worin besteht nun der Wahlterrorismus? (Zuruf b. d. Soz.: Ja Zuppenterriten! Ott.) Möller führt an, daß in Chemnitz die gewerkschaftlichen Arbeiter 249 Zeitungsverteiler hatten die anderen nur 3 (Große Heiterkeit b. d. Soz.) Übrigens hat er 44 hinzugezogen. In München ist eine Frau angeklagt worden, weil das Gehörte zu groß und die Gehörte zu gering an Zahl waren. In Worms haben die Frauen sich zu stark an der Wahl beteiligt. Das alles ist sozialdemokratischer Wahlterrorismus. (Heiterkeit.) Der Redner führt eine Anzahl ähnlicher Fälle an, die nicht erschöpfend in dem Mollerbuch stehen. Möller will uns vor, nur in der Theorie Anhänger des Proportionalwahlrechts zu sein. Wir verlangen es seit Jahrzehnten für alle Wahlen. (Zuruf rechts: In der Theorie!) Mögen Sie doch die Probe aufs Exempel und führen Sie

es für die Reichstagswahlen ein. (Sehr gut! b. d. Soz.) Bei den Wahlen zu den Krankenkassen haben die Arbeiter das Zentrum es überall da abgelehnt, wo wir in der Minorität sind. Wenn Sie wirklich so begeisterte Anhänger des Proportionalwahlrechts sind, hätten Sie es ja 1883 oder auch bei den späteren Novellen in das Gesetz aufnehmen können. Graf Westarp hatte hier den Mut, die unerhörte Behauptung Möllers sich zu eigen zu machen, die angegriffenen Verträge seien nur geschlossen, um unfähige Sozialdemokraten in den Krankenkassen unterzubringen. Durch nichts ist diese reichsverbändlerische Behauptung erwiesen. Im Gegenteil entscheidet gerade bei den sogenannten sozialdemokratischen Verwaltungen nur die Fähigkeit. Graf Westarp sollte Namen und Klassen nennen, wo das vorgekommen ist, das wäre erheblich gewesen. (Zust. b. d. Soz.) Die Rechte kommt aber nur deshalb zu solchen Angriffen, weil sie selbst unter dem Busch sitzt. In Ihren Kreisen spielt ein einflussreicher Better freilich eine große Rolle. Wenn einer Donner Borusse war und als Korpsbruder mit einem Hohenzollern, ich will mal sagen, gelassen hat, so ist das freilich mehr wert, als Fähigkeit. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Rede, daß Sozialdemokraten in gute Poststellen gebracht sind durch die Klassenverwaltungen, ist weiter nichts als schamlose Lüge. Es handelt sich um Stellen von 1200, 1400, allenfalls 1800 Mk. Gehalt. Gehälter über 2000 Mk. sind schon sehr selten, und da handelt es sich stets um tüchtige Leute, die in die Kassen gewählt wurden, um die Lohnderswirtschaft zu beseitigen und Ordnung zu schaffen. Dem Kandidaten der Münchener Klasse ist in der Klagesache mit Möller vom Gericht ein geradezu glänzendes Zeugnis ausgestellt worden. (Hört, hört! bei den Soz.) Es wird der Vorwurf erhoben, verdiente Beamte würden aus der Kasse hinausgedrängt. Um Ordnung zu schaffen, mußten gelegentlich Beamte entlassen werden; und höchstens kann man zuweilen dem Vorstand vorwerfen, daß er nicht zeitig genug mit der Entlassung vorgegangen ist. Wie unparteiisch die Vorstände verfahren, zeigte sich z. B. bei der Entlassung eines gewissen Fiedel in Königsberg, der Parteigenosse war und über dessen Entlassung die liberalen Zeitungen schimpften. Gegenüber dem Vorwurf von Begünstigungen der Beamten, die Unterschlagungen verübten, weise ich darauf hin, daß die Betrügereien und Unterschlagungen in früheren Jahren unter den bürgerlichen Verwaltungen bei weitem häufiger waren. (Lebh. Sehr wahr! bei den Soz.) Besonders lebhaft wird die Verwaltung der Leipziger Ortskrankenkasse angegriffen, und Graf Westarp hat die Klage des Dr. Krauthoff gegen die Kasse zitiert. Dr. Krauthoff hatte sich mit der Kasse verglichen, über den Vergleich aber unwahre Angaben veröffentlicht, und das ist in dem zweiten Gerichtsverfahren vom Gericht ausdrücklich festgestellt worden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Aktenstücke über die Leipziger Ortskrankenkasse beruhen auf der Beschwerde zweier Firmen, die sich darüber beschwerten, daß ein Angestellter, dem Unfähigkeit gar nicht vorgeworfen wird, in seiner gewerkschaftlichen Organisation geblieben ist und dadurch gegen die Interessen der Unternehmer handelt. Sie schreiben wörtlich: „Der Mann, der das Brot der Unternehmer ist, darf nicht gegen ihre Interessen agitieren.“ In Wirklichkeit zahlen die Unternehmer nur ein Drittel der Beiträge und auch dieses wird den Arbeitern vom Lohn abgezogen. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Das ist ja von Regierungsseite früher anerkannt worden. Der Leipziger Kassenvorstand hat sich auf den einzig korrekten Standpunkt gestellt und es abgelehnt, aus seiner strengen Neutralität in den wirtschaftlichen Kämpfen herauszutreten. Er überläßt es vielmehr nach wie vor seinen Angestellten, sich außerdienstlich gewerkschaftlich oder politisch zu betätigen, wie es ihnen beliebt. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Gibt es eine neutralere und objektivere Stellungnahme? Weiter wirft man den Kassenvorständen finanzielle Mißwirtschaft vor. Richtig ist dagegen, daß in die finanziellen Verhältnisse erst Ordnung gekommen ist, seit die Sozialdemokraten und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Einfluß auf die Kassenvorstände bekamen. Früher erniedrigte man die Beiträge, um die der Unternehmer niedrig zu halten, und vernachlässigte den Reservefonds. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es wird nun behauptet, die Unternehmer würden in den Kassen majorisiert, es bestände kein harmonisches Zusammenarbeiten. Dabei hat in 99 von 100 Fällen volle Einmütigkeit in den Kassenvorständen als Resultat des praktischen Zusammenarbeitens trotz der sich gegenüberstehenden materiellen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer geherrscht. Als der Kommerzienrat Meyer in Pforzheim aus Ärger darüber, daß er nicht wieder zum Vorsitzenden der Krankenkasse gewählt wurde, die Behauptung aufstellte, die Sozialdemokratie suche ihre Machtgüste im Kassenvorstand zu befriedigen, hat auf Beschwerde des Kassenvorstandes das großherzogliche Bezirksamt festgestellt, daß eine solche Behauptung jeder Begründung entbehre. (Hört, hört! bei den Soz.) In dem Möllerischen Buche werden eine Menge unwahrer Behauptungen gegen Krankenkassen erhoben. So protestiert der Tüchlerinnungsoberrichter in Breslau gegen die Behauptung, daß die Tüchlerklasse sozialdemokratischen Einfluß unterliege und Geld verschleudere. Die Erwerbung eines Gemeinshauses für 30000 Mark sei vielmehr ein Gewinn für die Kasse. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ein Beispiel aus welchen Gründen unter Umständen Unternehmer aus Kassenvorständen austreten, will ich aus Luckenwalde anführen. Dort beschloß der Kassenvorstand, daß die neu errichtete städtische Badeanstalt von den Kranken zu benutzen sei. Die Unternehmer aber wollten einem privaten Badeanstaltsbesitzer die Kundenschaft nicht entziehen, und deshalb traten sie aus dem Vorstand aus. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Amtsniederlegung von Unternehmerratsmitgliedern des Kassenvorstandes in Offenbach am Main wurde nach Untersuchung vom Magistrat für rechtsunwirksam erklärt. Es wurde festgestellt, daß die Herren in den Vorstandsgewirgen, in denen sie majorisiert sein mochten, gar nicht anwesend waren, also gar nicht verjurkt haben, ihren Einfluß geltend zu machen. Den allgemeinen Verdächtigungen, daß der Vorstand der Kasse politische Ziele verfolge, lehnte der Bürgermeister mit vollem Recht ab, nachzugehen, solange nicht positive Behauptungen in dieser Richtung aufgestellt würden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Was die Angriffe gegen die Magdeburger Kasse anlangt, so hat der Reichsverbändler Rechtsanwalt Historius einerseits erklärt, er lege nur aus Zeimangel sein Amt nieder, er habe von 51 Sitzungen nur 5 besuchen können, aber derselbe Herr schreibt an den Magistrat, die Terrorisierung durch die Arbeiter habe ihn zur Amtsniederlegung gezwungen. In Chemnitz waren es gemeine Erpresser, die angebliches Material gegen den Vorstand der Krankenkasse für eine Brotschüre lieferten. Auch ein Arbeitgeber aus Krefeld, der seit zehn Jahren dem Vorstand einer dortigen Krankenkasse angehört, protestiert energisch in einer Kreisler Zeitung gegen die Behauptung von dem angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus in den Krankenkassen, der nur in den Köpfen von Leuten spuke, die keine Ahnung davon hätten, wie in den Vorständen der Krankenkassen gearbeitet würde. Auch die Behauptungen über die Dienstvertragsverträge beruhen, wie er sagt, auf Unkenntnis, verbunden mit bedauerlicher Geschäftigkeit. (Hört, hört!) Die angeblich sozialdemokratischen Nachschafften entprinngenden Kündigungsbestimmungen in den Anstellungsverträgen entsprechen genau den Anweisungen des preussischen Ministers

für Handel und Gewerbe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Anstellungsverträge mit den Beamten sind entstanden als eine Art Notwehr angesichts der Hoffmannschen Vorschläge, die Ortskrankenkassen den Gemeindeverwaltungen anzugliedern, um die Beamten einigermaßen sicherzustellen. Die unerhörte Behauptung, man habe mit diesen Verträgen ein Heer von Verbrechern vor Entlassung schützen wollen, blieb dem Grafen Westarp vorbehalten, einem Manne, der sich für objektiv genug hält, als Verwaltungsrichter Recht zu sprechen. Man muß die perverse Moral der preussischen Junker besitzen, um hinter solche harmlosen Verträgen solche Absichten zu vermuten. (Lebhaftes Zustimmung bei den Soz.) Der Berliner Dezerent der sozialpolitischen Abteilung des Magistrats hat die vom Grafen Westarp so scharf gerügten Bestimmungen über die Entlassung der Kassenebeamten durchaus gebilligt. Und warum ist denn die Aufsichtsbehörde nicht gegen die angebliche Züchtung einer Verbrecherkolonie eingetreten? Graf Westarp sprach von 750 Verträgen, er verschweigt aber, daß das nicht etwa Klassenverträge sind, sondern Einzelverträge. So bricht ein Pfeiler nach dem anderen des ganzen Lügengebäudes. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich will darauf verzichten, weiteres Material vorzubringen. Ich bin hier nicht Verteidiger der Krankenkassen, sondern Ankläger gegen die Verleumdungen, die gegen die Kassen geschleudert worden sind. Ich habe ja nicht die Hoffnung, daß diese Verleumdungen nun aufhören werden. Die politische Geschäftigkeit gegen meine Partei ist viel zu viel Lebenselement für Sie, als daß Sie Ihre Haltung ändern könnten. Die nationalliberale Parteikorespondenz hat auch ihre Blockmitgliedschaft dadurch zu verdienen gesucht, daß sie ebenfalls Verleumdungen gegen unsere Partei veröffentlicht. Als wir in der Presse aufforderten, Namen zu nennen, lehnte sie das ab, erklärte aber, daß ihr Material jedem zur Verfügung stehe, sofern er einen vertrauenswürdigem Eindruck mache und die Gewähr biete, daß er die Kenntnis der Akten nicht zu Raueakten gegenüber den Einsendern ausbeute. Als ich dann Einsicht in das Material erbat, wurde mir die Glaubwürdigkeit verweigert, einem Anhänger der Sozialdemokratie könne man sie nicht gestatten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ebenso verweigerte man die Einsicht dem Vorsitzenden der Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen, Herrn Simanowski. (Hört, hört! b. d. Soz.) So sieht die ganze Gesellschaft aus: Graf Westarp, der Reichsverband und die Männer der „Nationalliberalen Korespondenz“, ein würdiges Trio in der Bekämpfung der Ortskrankenkassen! Man will verleumben, man will entrichten, und da muß man Scheingründe anführen, um die Entrechtung nach außen hin einzigermaßen zu rechtfertigen. Der Block der Rechtskräuber wird seine Politik fortsetzen, auch wenn die Widermütigkeit und Unfähigkeit seiner Angriffe noch so klar erwiesen wird. Ich habe ja nicht die Hoffnung, daß Sie unsere Anträge annehmen. Wenn Sie klug sein wollen, tun Sie es. Tun Sie es nicht, so wird auch diese Saat dereinst zu Ihrem Verderben sein. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Vizepräsident Schulz: Sie haben vorher von der perversen Moral der preussischen Junker gesprochen. Ich nehme an, daß Sie damit den Grafen Westarp nicht gemeint haben. (Abg. Eichhorn: Doch!) Dann rufe ich Sie zur Ordnung. (Zurufe bei den Soz.: Für die Beschimpfungen unserer Partei ist Graf Westarp nicht zur Ordnung gerufen!)

Es sind drei Anträge auf namentliche Abstimmung eingegangen, zwei von dem Abg. Bebel und einer von den Polen.

Es sprachen noch mehrere bürgerliche Redner, worauf um 7 Uhr Vertagung eintrat. Aber diese Reden berichten wir morgen.

### Aus dem Gerichtssaal.

**Aus einer deutschen Kaserne.** Unter der Auflage, versucht zu haben durch aßliche Selbstverurteilung sich der Militärpflicht zu entziehen, stand der Musketter Eugen Bauckert von der 3. Komp. 95. Inf. Regiments in Göttingen vor dem Kriegsgericht in Erfurt. Der Angeklagte wollte am 27. Februar d. J. den Mündungsschoner auf dem Laufe seines Dienstgemeres besichtigen. Bei dieser Gelegenheit ging plötzlich ein Schuß los und der Polypzylinder einer Patrone drang dem Manne durch die linke Hand. Er wurde nach dem Lazarett gebracht, wo ihm zwei Finger amputiert werden mußten. Als der Oberstabsarzt den Patienten genauer untersuchte, entdeckte er, daß der Rücken mit blutunterlaufenen Streifen bedeckt war. Nach den Ursachen dieser Verletzungen befragt, erklärte B., daß er am Abend vorher, als er im Bett lag, von „alten Leuten“ schwer mißhandelt worden sei. Die sofort eingeleitete Untersuchung bestätigte die Angaben des Bedauernswerten. Die Prügelhelden wurden zwar zu Arreststrafen verurteilt, aber zugleich gegen B. das Verfahren wegen absichtlicher Selbstverurteilung eingeleitet, weil vermutet wurde, daß der Mann in Folge der Mißhandlung vielleicht den Beschluß gefaßt habe, sich auf diese Art vom Militärdienst zu befreien. Der Angeklagte bestritt ganz entschieden die ihm zur Last gelegte Tat. Er neige vielmehr der Ansicht zu, daß die Patrone von einem „alten Kerl“, der ihn besonders gehaßt und mißhandelt habe, absichtlich in das Gewehr getan wurde, damit etwas passieren sollte. Trotzdem die Beweisaufnahme nichts Belastendes ergab, hielt der Anklagevertreter die Anklage aufrecht und beantragte ein Jahr zwei Monate Gefängnis und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Doch konnte sich das Gericht nicht von der Schuld des Angeklagten überzeugen und kam zum Freispruch.

**Noch ein Opfer des Deutscher Krawallprozesses.** Die Kölner Strafkammer verurteilte den Bauarbeiter Arnold Zellmann wegen Landfriedensbruchs zu fünf Monaten Gefängnis. Es wurde ihm die volle Untersuchungshaft angerechnet und mit Rücksicht auf die Baujaufen die sofortige Haftentlassung angeordnet. Es handelt sich im vorliegenden Fall um den vierzehnten Angeklagten im Deutscher Krawallprozess.

**Hamburger Sternhans-Viehmarkt vom 11. Mai.**  
Auftrieb 1653 Schweine. Markt langsam geräumt, Aberstand — Stück.  
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebensicherer Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 54,00 (— bis 43,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 53, — (— bis 42,50) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 54,00 bis — (— bis —) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 54, — bis 54,50 (42,00 bis 42,50) Mk. Geringere Ware, Tara 24 Proz., 50,00 bis 53,00 (38,00 bis 40,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., — bis 47,00 (— bis 37,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 40, — bis 45, — (31, — bis 35,00) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: E. H. Schwan. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.



**! Neu eröffnet!**

**Gute Ware!**

**Große Auswahl!**

Herren-  
Anzüge  
Burschen-  
Anzüge  
Knaben-  
Anzüge  
Herren-  
Ueberzieher  
Burschen-  
Ueberzieher

**Siegfried Ittmann**

33<sup>1</sup>. Breite Straße 33<sup>1</sup>.  
Möbel- und Waren-Ausstattungs-Geschäft

Kreditbewilligung.

Neu!

Neu!

Damen-  
Blusen  
Damen-  
Kostüme  
Damen-  
Röcke  
Damen-  
Jacketts  
Damen-  
Mäntel

Tischdecken  
Tischtücher  
Gardinen  
Teppiche  
Läufer

Komplette  
Wohnungs-  
Einrichtungen  
Einzelmöbel  
Betten, Spiegel  
Polsterwaren  
Kinderwagen  
Uhren, Bilder.

Kleiderstoffe  
Blusenstoffe  
Weißwaren  
Wäsche  
Bettbezüge

Lieferung frei ins Haus!

Kredit auch nach auswärts.

Lieferung frei ins Haus!

**! Neu eröffnet!**

Donnerstag morgen 9 1/2 Uhr ent-  
schlaf nach schweren Kämpfen unsere  
liebe Käthe im zarten Alter  
von 3 1/2 Monaten.

Uns tiefste betrauert u. schmerz-  
lich vermisst von ihren Eltern und  
allen, die ihr nahe standen.

**Joachim Beckmann**

und Frau Louise, geb. Blesfert.  
Lübeck, den 12. Mai 1911.

**2 Regelauffeher**

für Montag nachmittags von 4 bis  
7 Uhr.

**E. Wiencke, Waisenhofstr. 23.**

**Gesucht eine Frau**

zum Brotbeutelanhängen  
Meierstraße 18a.

**2 tüchtige Bantischler**

für bessere Arbeiten  
Drögenstraße 1.

Ein guterhaltenes Pflüschsofa  
billig zu verkaufen.  
Kottwitzstraße 56, part. links.

**Kartoffeln.**

Magnum bonum, gelbblühende  
200 Pfd. 5.50 Mk., 10 Pfd. 40 Pfg.  
so lange Vorrat. **Ch. Breyer,**  
Düvelnstr. 1-3, bei St. Annen.

**Käse-Engroslager**  
Huxstraße 83-85.

Eine große Partie  
Zillter Fettkäse  
Pfd. 30 u. 40 Pfg.  
Garantiert prima Zillter  
Vollfett (etwas weich)  
Pfd. nur 60 Pfg.  
Gebr. Oldekop.

**Plakate**

betr.

Verordnung des Medizinal-  
amts vom 11. Juli d. Jz.  
bezigl. Feilhalten von Nah-  
rungs- und Genussmitteln

sind zum Preise von 30 Pfg.  
per Stück zu haben in der  
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.  
Johannisstraße 46.

**Holztee, Kohlentee**  
und **Karbolinum**

empfiehlt

**Reinh. Büsen,**

Arnimstrasse 1a.

**Wilhelm Rahfoth**

Lübeck, Untertrave 113  
Rotwein, Weißwein, Portwein,  
Tokayer, Samos, Malaga, Sherry,  
Madeira, Liköre

Rum : Kognak : Arrak  
in allen Preislagen  
und in nur besten Qualitäten.

**Heiße Rindwurst,**  
**Brotwurst** | Stück  
**Leberwurst** | 10 Pfennig,

**Kopffleisch.**

**Heinr. Viereck**

Süßstraße 96.

Wegen Abnahme

**größerer Potten Schweine**

verkauft ich am Sonnabend in der

**Markthalle, Stand 13, 14, 15**

Pr. Schweinefleisch Pfd. 50 u. 60 Pf.

Prima Bratenstücke Pfd. 65 Pfg.

Kopf u. Bein " 20 "

Prima Flomen " 70 "

Kalbfleisch " 50 "

Kinderfleisch " 65 "

Kleine Rauschstücke " 70 "

Frisches Kopf u. Bein " 15 "

**W. Strohfeldt.**

Empfehle den geehrten Kunden:

**Prima Kind-, Kalb-  
und Schweinefleisch,**

sowie **Wurstwaren.**

**F. Fockenbrock,**

Glockenaicherstr. 73.

**Schinken**

in Stücken

Pfd. 110 Pfg.

**Eduard Speck,**

Bügelstraße 80 u. 82.

**TURUL-SCHUHE**

erfreuen sich

Allgemeiner Beliebtheit

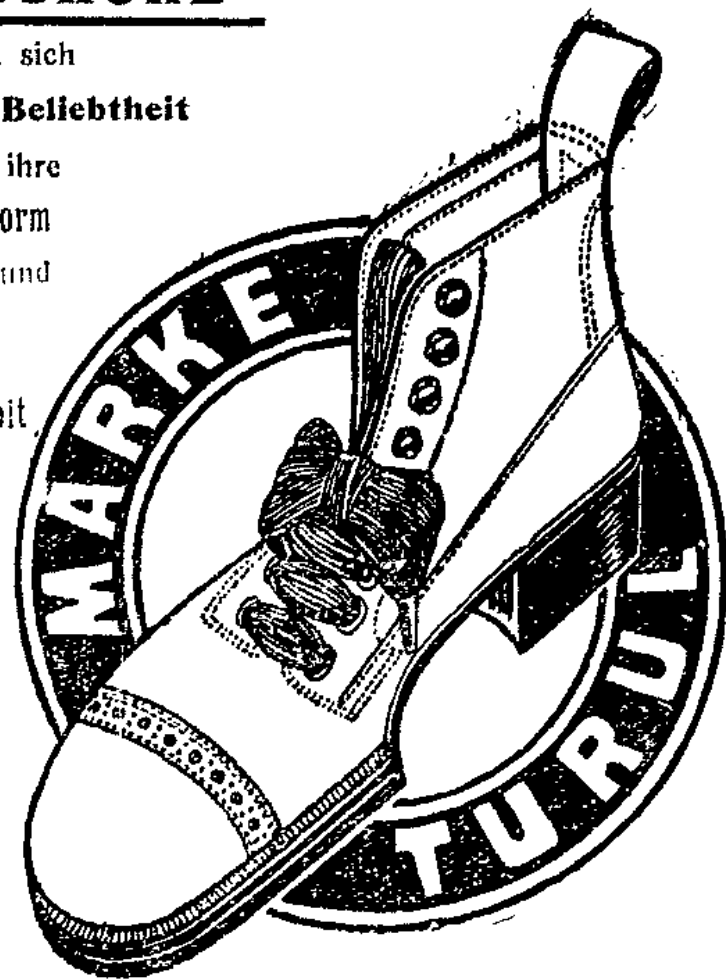
durch ihre

Hervorragende Passform

Elegantes Aussehen und

Billigen Preise.

Garantie für Haltbarkeit.



Einheitspreis für Herren- und Damenschuhe:

Spezialmarke ..... 7<sup>25</sup>/<sub>M</sub>

Goodyear Welt ..... 9<sup>50</sup>/<sub>M</sub>

TURUL-SCHUH-FABRIK:

**Alfred Fränkel** Com.-Ges.

Verkaufsstelle:

**Lübeck, Breitestr. 49.**

Verkaufsstellen in allen größeren Städten Deutschlands u. Oesterreich-Ungarns.

**Prima dicke Flomen** bei Abnahme von 60 Pfd. 60 Pfg.

„ **frisches Kopf u. Bein** „ 20 „

**Prima frische Kochrippen** „ 20 „

Pa. geräuch. fett. Speck, b. Abnahme v. 4 Pfd. „ 65 „

„ weißes Schmalz, b. Abnahme v. 4 Pfd. „ 65 „

„ mageren Speck, bei Abnahme von 4 Pfd. „ 75 „

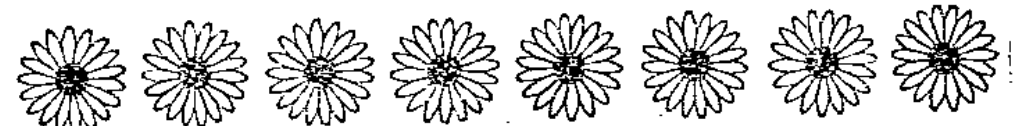
„ geräucherte Schweinsbacken ..... „ 65 „

„ frisches und gepökeltes Eisbein ..... „ 50 „

ff. Aufschnitt pro Pfd. 1.— Mk.

**M. Lahrtz, Böttcherstraße 16.**

Fernruf 1874.



**Kinderhilfsstag Lübeck 1911.**

Protectorat: Seine Magnifizenz der Herr Bürgermeister  
J. H. Eichenburg.

Am 24. Mai — Mittwoch vor Himmelfahrt — wird  
in Lübeck zum Besten der Fürsorge für lungen-  
franke Kinder, der Kindererholungsstätte Wesloe,  
der Waldschule Wesloe, der Schul- und Schülereärten,  
der Säuglingsfürsorge, des Vereins für Ferienkolonien,  
des Vereins zur Fürsorge für jugendliche Krüppel  
und des Kinderhospitals, ein vom Vaterländischen  
Frauen-Verein organisierter

**Kinderhilfsstag**

stattfinden. An diesem Tage werden Hunderte von jungen  
Mädchen, die planmäßig über die einzelnen Stadtbezirke  
verteilt und mit Erkennungszeichen versehen sind, unter  
dem Schutze hilfsbereiter Damen Margueriten verkaufen.  
Vorläufig sind folgende Veranstaltungen in Aussicht  
genommen:

Konzert auf dem Marktplatz, eine Wohltätigkeits-  
Vorstellung und Festabend im Stadt-Theater.

Außerdem:

Konzert auf der Lachswehr, Wohltätigkeits-Vorstellung  
im Stadthallen-Theater, Wohltätigkeits-Vorstellung im  
Lichtbildtheater „Tonhalle“.

Alle diese und weitere noch in Aussicht stehende  
Veranstaltungen werden dazu beitragen, dem Tage ein  
festliches Gepräge zu geben.

Alle Kreise der Bevölkerung ohne Unterschied des  
Standes und Vermögens werden eingeladen, Herz und  
Hände zu öffnen und opferwillig einzutreten für das Wohl-  
ergehen unserer Kinder, der Zukunft Deutschlands.

Nähere Auskunft erteilt das Bureau des Kinder-  
hilfsstages, Königstraße 5, mittags von 12—1 Uhr.



Jahresumsatz nachweislich über

**20 Millionen Flaschen.**

Von keiner Konkurrenz erreicht, bester Beweis,  
daß Sidel allen anderen Putzmitteln vorgezogen wird.

Fabrikanten: Siegel & Co., Köln.

Vorzügliche  
Passformen

Gediegene  
Verarbeitung

Von einer ersten Herren-Kleiderfabrik  
kaufte ich einen grossen Lager-Bestand

ca. 600

# Moderne Herren-Anzüge

weit unter Preis.

Diese Anzüge, welche aus den neuesten Cheviot- und Kammgarnstoffen  
tadellos gearbeitet, stelle ich von heute ab zu nachstehend

**enorm billigen Preisen zum Verkauf**

Serie I	Herren-Anzüge	regulärer Wert 23.50 bis 29.50	<b>18<sup>50</sup></b>
Serie II	Herren-Anzüge	regulärer Wert 29.75 bis 32.50	<b>23<sup>50</sup></b>
Serie III	Herren-Anzüge	regulärer Wert 29.75 bis 36.50	<b>26<sup>50</sup></b>
Serie IV	Herren-Anzüge	regulärer Wert 39.50 bis 44.50	<b>32<sup>50</sup></b>
Serie V	Herren-Anzüge	regulärer Wert 46.00 bis 54.50	<b>39<sup>50</sup></b>

Moderne  
Stoffe

Reelle  
Qualitäten

# RUDOLPH KARSTADT

## Wiedereröffnung.

Hierdurch meinen werten Freunden, Gönnern und Bekannten zur  
Nachricht, daß ich heute die

### Gastwirtschaft „Zur Ostsee“

St. Johannis 28

wieder eröffne. Gute Speisen und Getränke führe ich zu und bitte um  
gütigen Zuspruch. H. Pagel.

Sie kaufen **Schuhe und Stiefel**  
sehr billig im

## Total-Ausverkauf

Drenske, Breite Straße 21.

Als Besondere  
**Salzheringe, Fischkonserven, Salzgurken, Käse** etc.  
empfehle ich die Firma  
H.L. Wiegels (vorm. I.C. Bunge) G.m.b.H., Fischergasse 61.



Fahrad- und

## Nähmasch.-Rep.-Werkst.

Alle Fabrikate werden fachgemäß u.  
billig ausgeführt unter prompter Be-  
dienung. Email-, Vernick. bill. u. gut.  
Carl Heynert, Lübeck,  
Moisl. Allee 6a. Fernspr. 352.

Nur einzig zu haben.

22 Zänthanen 22

25 Marktstraße 25.

Möllers billige Fleißchanelle

Da. ferniertes Bündel } 60<sup>3</sup>  
- jung. Schweinefl. }  
- Kalbfleisch }  
- Gehacktes }  
- fetten Speck } 70<sup>3</sup>  
- reines Schmalz }  
- Schinken }

## Deutsch Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Die Wahl der Delegierten zum Gewerkschafts-  
kongress findet am Sonntag, dem 14. d. Mts., von  
vormittags 10 bis nachmittags 4 Uhr in folgenden  
Lokalen statt:

Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 52,

Herrn Wienke, Waisenhofstr. 23,

Herrn Groth, Kottwitzstr. 16.

Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

Die Mitgliederversammlung am Sonnabend, dem  
13. d. M. findet **nicht** statt.

Die Ortsverwaltung.



## Die Reichsversicherungsordnung im Plenum des Reichstages.

IV.

Selbst bei der Frage, ob der Sommer mit der Zerspaltung der Kräfte in der Krankenversicherung aufrecht erhalten werden soll oder nicht, herrschte bei den Kompromißparteien dieselbe Gleichgültigkeit wie bisher. Nur bei den allerwenigsten Anträgen fand überhaupt eine wirkliche Debatte statt. In den meisten Fällen wurden wiederum die sozialdemokratischen Verbesserungsanträge abgelehnt, ohne daß die Vertreter der Mehrheitsparteien auch nur ein Wort der Erwiderung vorbrachten.

Ortskrankenkassen und Landkrankenkassen sollten nach dem ursprünglichen Entwurf in der Regel für den Bezirk eines Versicherungsamtes errichtet werden. Die Kommission hat dies dahin verschlechtert, daß die Kassen innerhalb eines Bezirkes errichtet werden, sodas in einem und demselben Bezirk mehrere kleine Kassen nebeneinander bestehen.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Fassung des Entwurfs wiederhergestellt werde:

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Neben der allgemeinen Ortskrankenkasse sollte nach dem Entwurf keine Landkrankenkasse errichtet werden, wo die Landkrankenkasse nicht mindestens fünfhundert Pflichtmitglieder haben würde. Die Kommission ließ in diesen Fällen eine besondere Landkrankenkasse schon dann zu, wenn sie mindestens 250 Pflichtmitglieder hat.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Fassung des Entwurfs wiederhergestellt werde.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Mitglieder der Landkrankenkasse sind außer den „gewöhnlichen“ Arbeitern und Angestellten in der Landwirtschaft die Dienstboten, die im Wandergewerbe Beschäftigten sowie die Hausgewerbetreibenden und ihre hausgewerblich Beschäftigten.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß wenigstens die Hausgewerbetreibenden und die Dienstboten, die nicht in der Hauswirtschaft der Landwirte beschäftigt werden, von der Schädigung durch die Ausnahmebestimmung für die Landkrankenkassen befreit, also den Ortskrankenkassen als Mitglieder zugewiesen würden.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die „besonderen Ortskrankenkassen“ für einzelne oder mehrere Gewerbezweige oder Betriebsarten oder allein für Versicherte eines Geschlechts sollen nach dem Entwurf unter gewissen Umständen erhalten bleiben.

Die Sozialdemokraten beantragten, in erster Linie die Beseitigung aller besonderen Ortskrankenkassen:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Hierauf beantragten die Sozialdemokraten, daß wenigstens die kleinen besonderen Ortskrankenkassen mit 250 bis 490 Mitgliedern beseitigt würden:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Ferner beantragten die Sozialdemokraten, daß die

besonderen Ortskrankenkassen nur dann zugelassen werden sollten, wenn die beteiligten Versicherten in geheimer Abstimmung durch Mehrheitsbeschluß ihre Zustimmung dazu gegeben haben:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Betriebs- und Innungskrankenkassen nicht mehr zugelassen werden sollten:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Darauf beantragten die Sozialdemokraten, daß auch zur Errichtung der Betriebs- und Innungskrankenkassen die Zustimmung der Versicherten oder ihrer Vertreter erforderlich ist:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien mit Ausnahme des Fortschrittlers Cuno.

Für Saisonbetriebe sind Betriebskrankenkassen schon dann zugelassen worden, wenn die Mindestzahl der Mitglieder für zwei Monate vorhanden ist.

Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung dieser Bestimmung:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Innungskrankenkassen sollen zugelassen werden, wenn sie auch noch so wenig Mitglieder haben.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß sie mindestens 500 Mitglieder haben müßten:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Eine Betriebskrankenkasse und Innungskrankenkasse darf nur errichtet werden, wenn sie den Bestand oder die Leistungsfähigkeit der vorhandenen allgemeinen Ortskrankenkassen und Landkrankenkassen nicht gefährdet.

Hierzu beantragten die Kompromißparteien eine weitere Verschlechterung, indem sie hinzusetzten, daß eine Kasse dann nicht als gefährdet gilt, wenn sie nach der Errichtung der Betriebs- oder Innungskrankenkasse mehr als tausend Mitglieder behält.

Angenommen von allen bürgerlichen Parteien.

Die Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkassen und besonderen Ortskrankenkassen werden nur dann zugelassen, wenn sie Leistungen gewähren, die den Satzungen der allgemeinen Krankenkasse gleichwertig sind. Dabei sollen Leistungen der maßgebenden Kasse, die noch kein volles Jahr gelten, nicht berücksichtigt werden.

Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung der letzten Bestimmung.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Außerdem soll die Gleichwertigkeit nur von vier zu vier Jahren festgestellt werden, wenn Tatsachen vorliegen, welche die nähere Festsetzung als nicht mehr zutreffend erscheinen lassen.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Gleichwertigkeit sofort festzustellen ist, wenn jene Tatsachen vorliegen:

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Mitglieder Versicherter während einer militärischen Übung von nicht länger als acht Wochen ruht, sofern der Versicherte für diese Zeit sein Beiträge bezahlt. Er wäre damit von den Scherezele und Gefahren, die eine Neuaufnahme, namentlich in ein Betriebskrankenkasse verursacht, verschont gewesen:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

## Aus der Partei.

Ein zweiter Prozeß gegen den „Wahren Jacob“ Gegen den verantwortlichen Redakteur des „Wahren Jacob“ Genossen Heymann, schwebt außer dem vor dem Stuttgarter Schwurgericht anhängigen Prozeß wegen Verbreitung angeblich unzüchtiger Bilder in der sogenannten Katholiken tags - Nummer, der wegen der Immunität des Angeklagten als Mitglied des Württembergischen Landtages vertagt werden mußte, noch ein zweiter Prozeß wegen Verletzung der Benefiziaten Greßmann in Gmünd. Die Verhandlung in diesem Prozesse ist auf den 24. Mai anberaumt worden und findet vor dem Schöffengericht in Landau an der Isar statt. Das Vergehen des Angeklagten besteht in der Veröffentlichung des Gedichtes „Das Muttermal“, in dem ein intimer Schönheitsfehler des Benefiziaten verripottet wird. Mit angeklagt sind zwei Redakteure der „Münchener Post“ die Genossen Gruber und Krassich, ferner das Fräulein Lina Grubauer, die frühere Haushälterin des Benefiziaten.

Die Erfurter Staatsanwaltschaft im Kampfe gegen die „Tribüne“. Die Erfurter Staatsanwaltschaft hat unterer Parteiblatt, der „Tribüne“, in letzter Zeit mit Straffklagen aller Art das Leben schwer zu machen versucht, sich dabei allerdings auch einige recht empfindliche Schlappen geholt. Vor kurzem wurden zwei angebliche Streifbrecherbeleidigungen in Verbindung mit dem Vergehen gegen den § 153 der G.-O. anhängig gemacht. In dem einen Falle konnte die Staatsanwaltschaft die Klage auf Grund des § 153 nicht aufrecht erhalten; dafür wurde wegen Beleidigung durch den Ausdruck „Rauschherdiente“ auf 4 Wochen Gefängnis erkannt. Im zweiten Falle erhielt Genosse Bekold wegen Vergehens gegen den § 153 am Dienstag einen Monat Gefängnis, trotzdem die als Zeugen der Staatsanwaltschaft geladenen drei Kläger in der Hauptverhandlung den Strafantrag zurückzogen. In beiden Verhandlungen konnte festgestellt werden, daß die Kläger zur Klagestellung veranlaßt worden waren.

## Aus Nah und Fern.

Jagd auf einen Fürsorgezögling. In der „Trierischen Landeszeitung“ wird erzählt: „Festgenommen wurde am Montag nachmittag ein aus einer Erziehungsanstalt entsprungenes siebzehnjähriger Fürsorgezögling in der Weberbachstraße. Als die Polizei ihn ergreifen wollte, entwich er auf die Dächer, stieg in eine Dachluke, gelangte wieder auf die Straße und entlohf bis zur Wehlstraße, verfolgt von sechs Kriminalbeamten zu Fuß und auf dem Rade. In der Wehlstraße hielt das Vierschächel sich eine Zeitlang in einem Hause versteckt, kam plötzlich wieder zum Vorschein und die wilde Jagd ging von neuem los, über den Palastplatz, in einem kühnen Sprunge die hohe Stadtmauer hinunter, durch die Museumsanlage über die Eisenbahnbrücke des Dlewigers Weges, über die Zwigmühle nach der Gegend des Mariahofes. Auch ein Polizeihund war bei der Menschenjagd in Tätigkeit gesetzt worden, aber vergeblich. Einem der mit Zweirad ausgerüsteten Kriminalbeamten gelang es endlich gegen 6 Uhr abends, den Ausreißer

## Die Dagabunden.

Von Karl v. Holtei.

(53. Fortsetzung.)

„Bestehe! Verstehe alle Worte ohne Brille. Keine Silbe weiter. Sie sollen erfahren, daß Schrämpel eine böse Zunge besitzt und einen guten Willen. Wir haben zwei Stunden Zeit bis zu meiner Privatvorstellung. Ich lasse den Riesen bei den Zwergen, lege den weiten Rock an, der mich verkleinert, schließe die Hütte, und wir treten unsere Entdeckungsreise an. — Gesindel da drin, haltet Euch ruhig! Pusar, prügte Deine Weiber nicht; Macht Euch schön und exerziert das pas de trois! Kommen Sie, Antoine! — Hier zur Linken treibt der Feuerkönig sein Unwesen mit einer sogenannten Minerva.“

„Ich sah das Aushängeschild und gedachte Ihrer Mutter, Schrämpel.“

„Ei donoi! Keine Parallele zu ziehen; kein Vergleich, Milere das, pure Misere das! Aber da drüben, die große, solide Bude, die Chiarinis, Guillaumes Nebenbuhler auf desjährigen Messe! Das ist! So tiens votre affaire! Das wäre etwas für einen jungen Mann von ihrer Bildung. Hier ist die Tür geschlossen, niemand anwesend. Wir werden sie in ihrer Behausung finden. Eine achtungswerte Familie.“

Die Wohnung war bald erreicht, sie traten ein; der Riese, sich tief bückend, zuerst. Hier herrschte Ordnung und Reinlichkeit. Die kleinen Zimmerchen verrietten durch nichts, daß hier eine Schar durchziehender Tänzer eingemietet sei. Auf zwei Stühlen am Fenster saß ein eisgraues Ehepaar: die Urgroßeltern jener kühnen, doch bescheiden erzogenen Kinderchens, die, mit Büchern oder Schreibfedern in Händen, um einen großen Tisch geschart, ihre Lektionen von einem Hauslehrer empfingen. Schrämpel stellte Antoine den uralten Leuten vor. Die Urgroßmutter neigte verbindlich ihr zitterndes Haupt: der Elternter-Vater erhob sich vom Sessel und gab den Gruß der Eintretenden durch eine feierliche Verbeugung zurück, wie man dieselbe nur am Hofe Ludwig des Bierzehnten verlangt haben könnte. „Mein Sohn!“ rief er ins Nebenzimmer hinein, „tritt heraus, mein Kind! Es wird Dir die Ehre eines Besuchs zuteil.“ Die Blotie unterm Arme erschien ein Mann von wenigstens sechzig Jahren, seine langen, silbergrauen Haare in einen dicken Ohignon gebunden, durch einen goldenen Kamm auf dem Wirbel festgehalten. Er verneigte sich grazios, als Schrämpel Herrn Antoine nannte, lud beide

ein, Stühle zu nehmen, und verwies, da alle Sitzgelegenheit durch die fliegende kleine Schule okkupiert war, letztere samt ihrem Professor in ein anderes Gemach. „Unsere Entfesselnder“, sagte er, empfangen ihren Unterricht sonst gewöhnlich in meiner Stube; heute nur fand eine Ausnahme statt, weil ich mit meiner jüngsten Tochter die Allemande einübte; Herr Antoine wird gütig entschuldigen.“

Nach einigen hin und her gewechselten allgemeinen Fragen und Antworten rückte Schrämpel mit dem eigentlichen Zweck ihres Besuches hervor.

Chiarini der Großvater blickte Chiarini den Urgroßvater an. Der fünfundsachtzigjährige Greis erwiderte diesen Blick durch ein intelligentes Zeichen des Gmderständnisses und fügte hinzu: „Du würdest Deinen Sohn Josef mit zu Rate ziehen müssen, mein lieber Paul.“

Herr Josef Chiarini wurde herbeigerufen, ein hübscher, kräftiger, zierlich gebauter Mann, von etlichen und dreißig Jahren. Gleich hinter ihm trat sein ältester Sohn, Viktor ein, der höchstens zehn Jahre haben mochte, aber schon so tüchtig ausgegärtet und männlich ernst erschien, daß Anton keine Nähe hatte, die Wunderdinge zu glauben, die Schrämpel in aller Eile von dem kleinen Burschen und dessen Bravour auf dem gespannten Seile berichtete. So waren vier Generationen vertreten.

„Wir hegen lange schon den Wunsch, und ich sprach mich neulich darüber gegen diesen Herrn — (auf Schrämpel deutend) — aus, einen zuverlässigen Geschäftsführer zu gewinnen, der, uns vorantreibend, alle äußeren Angelegenheiten ordnen möge, ehe wir an den neuen Orten unserer Bestimmung eintreffen. Bisher hat mein würdiger Vater, der seit mehreren Jahren nicht mehr tanzen will, obschon er noch in voller Kraft und Gesundheit steht, — (hier sah der sechzigjährige Sohn den Greis mit dem Ausdruck schonungsvoller Liebe an!) — diese Geschäfte besorgt. Aber meine gute Mutter wünscht, daß er die anstrengenden raschen Fahrten unterlasse; nur aus Rücksicht für sie, keineswegs weil es ihn zu sehr ermüdet, — (der Alte nickte bejahend und reichte seiner Frau die Hand) — willigt er ein in das Engagement eines Sekretärs. Ein solcher aber müßte, damit ich offen rede, ein Mann von Redlichkeit, Bildung und Umsicht sein. Was dies anlangt, mein Herr, so genügt ein Augenblick des Zusammenstehens mit Ihnen.“

Die vier Zeitalter verneigten sich gegen Anton. Der kleine Viktor näherte sich seinem Stuhle und schlang in kindlicher Vertraulichkeit einen Arm um seinen Hals.

„Sie werden billigen, Herr Antoine, daß wir in der Wahl eines Reife- und teilweisen Lebensgefährten vorsichtig zu Werke gehen. Unsere Truppe besteht, meine teuersten Eltern

mit eingerechnet, aus siebenundzwanzig Köpfen, alle Artisten, alle verbunden durch die heiligsten Rechte und Pflichten des Blutes, der Liebe, der Dankbarkeit. Mein unvergleichlicher Vater hat mich unterrichtet in meinem Metier; von mir lernte mein Sohn Josef, Viktor ist seines Vaters Schüler. Es mag anmaßend klingen, doch wirklich muß ich glauben, daß wir in unseren Leistungen von ähnlichen Künstlern nicht übertraffen werden, weder als Saitentänzer, noch als Equilibristen, noch in dem Ensemble unserer kleinen lustigen Pantomimen. Was wir machen, machen wir sicher, vollendet, rasch hintereinander, effektvoll. Unsere Repräsentationen geben ein Ganzes aus einem Guffe. Woher kommt das? Weil wir sämtlich aus einer Schule sind; weil uns alle der Geist und das Talent unseres würdigen Meisters durchdringt; weil wir uns durch sein Lob stolzer fühlen, wie durch den Beifall des Publikums! Weil wir uns gegenseitig lieb haben; weil wir eine Familie von redlichen, frommen Leuten und Christen bilden. Denn wir sind sehr fromm, Herr Antoine; wir schämen uns nicht vor der Welt unserer Anhänglichkeit an die heilige, allein seligmachende Kirche; wir spotten jedes Spötters. Deshalb auch herrscht in unserem Kreise nur die Milde; nicht die Grausamkeit, nicht die Härte, wie bei vielen unserergleichen. Niemals habe ich von meinem guten Vater einen Schlag erhalten; niemals mein Sohn Josef, oder meine Tochter ein hartes Wort von mir; und Josefs Kinder von ihm, so viel ich weiß, auch nicht.“

„O niemals, niemals, parole d'honneur“, sagte Viktor in Antons Ohr, wobei er ihm einen Kuß auf die Wange gab, den dieser herzlich erwiderte.

„Ich sehe schon, daß wir für einander passen werden, Herr Antoine. Wenn die Kinder lieb gewinnen auf den ersten Blick, und wer die Kinder lieb hat, der ist, wie wir ihn brauchen. Was nun Ihre Erfahrungen in dieser Art von Geschäft anlangt.“

„Damit sieht es schwach aus, Herr Paul. Ich darf Ihr Zutrauen nicht täuschen. Vernehmen Sie in wenigen Worten, wie es mit mir steht.“

Und Anton teilte ihnen mit, was hierher zu gehören schien.

„Ein neuer Beweis, daß dies ein braver junger Mann ist; nicht wahr, mein Vater?“ fragte Herr Paul.

„Und was die Erfahrung betrifft, die erwirbt man, wenn man sie nicht hat, nicht wahr, mein Vater?“ fügte Herr Josef hinzu.

„Besser ein kleiner Verlust im Anfange durch Unkunde, als übler Wille und Mißtrauen für immer.“ schloß der Urgroßvater. (Fortsetzung folgt.)



in der Nähe des Mariador-Gebütes einzufangen. Beim Nachspringen von der hohen Stadtmauer herab hat einer der Beamten sich zwei Finger gebrochen. Die langwierige Verfolgung hatte eine große Menschenmenge herbeigelockt, so daß es trotz des ernstesten Zweckes einen höchst humoristischen Anblick bot, wenn der verzweifelte Flüchtling wieder erschien und dann diese sehr gemischte Verfolgereschar: Voltstisten, Radfahrer, Erwachsene, Kinder usw. sich unter vielem Schelten und Schimpfen in Bewegung setzte, bis bei dem „Hinderstrennen“ neue Komplikationen und Verwirrungen entstanden. Man glaubte tatsächlich eine der bekannten „Antropverfolgungen“ vor sich aufgeführt zu sehen, und sicher ist, daß die Aufnahme solcher Filme in derselben Weise künstlich arrangiert wird, wie sie sich hier in der natür-

lichsten Weise entsponnen hatte.“ — Es beweist den ganzen Tiefstand der bürgerlichen Presse, daß das Blatt diese schändliche Menschenjagd „humoristisch“ findet. Viel näher liegt es doch, anstatt blöde Witze zu verbrennen, Betrachtungen über den Wert einer „Erziehung“ anzustellen, die einen jungen Menschen zu solchen Verzweiflungstaten treibt.  
**Saalabtreiberei im Erfurter Landkreise.** In den Dörfern des Erfurter Landkreises wird es unseren Genossen schwer gemacht, Versammlungslokale zu erhalten. Selbst unpolitische Vespereungen werden dadurch unmöglich gemacht. So wurde vor kurzem in Mühlberg eine Konsumentenversammlung dadurch vereitelt, daß der Gendarm in Wambersleben dem Wirte die Abhaltung der Versammlung einfach

verbot, ihm sogar mit dem Militärverbot drohte, da die Versammlung doch nur eine „verdeckte sozialdemokratische“ sei. Am Sonntag wurde in einer Versammlung unter freiem Himmel gegen die Saalabtreiberei protestiert; es wurde mitgeteilt, daß das Sekretariat der Thüringer Konsumvereine Beschwerde beim Landrat eingelegt habe.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
 Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
 Sämtlich in Lübeck.

# Ausschneiden! Wert 20 Hansa-Bons!

Jede Hausfrau erhält ausnahmsweise statt für 125 schon für 105 Prämienbons des echten Hansa-Puddingpulvers, Backpulvers, Vanillinzuckers etc. ein elegantes Davidis Original-Kochbuch (ca. 1500 Rezepte enthaltend), wenn sie gleichzeitig mit den Prämienbons diese Annonce **an uns direkt** einsendet. Für andere Prämien als das Kochbuch gilt diese Vergünstigung nicht. Auch kann auf je 105 Prämienbons nur eine Annonce berücksichtigt werden.

Nährmittelfabrik „Hansa“ Stahmer & Wilms, Hamburg 6.  
 Niederlage: Hans Wilms, Erste Wallstraße 15a.

## Konsumverein für Lübeck u. Umgegend e. G. m. b. H.

### Die Eröffnung unserer

**Warenabgabestelle 16, Malente—Gremsmühlen**  
 findet am Freitag, dem 12. Mai 1911, statt.

Unsere neuen Mitglieder bitten wir, durch Prüfung nachstehender Preise, sich von unserer Leistungsfähigkeit, die wir nur durch den Zusammenschluss so vieler, über 4000 Konsumenten erreicht haben, zu überzeugen und bringen uns gleichzeitig unseren bisherigen Mitgliedern in empfehlende Erinnerung.

Wir empfehlen in nur guter Qualität:

Streu-Zucker . per Pfd. 22 3/4	Griess, Hart- u. Kinder- per Pfd. 24 3/4
Kristallzucker „ „ 22 3/4	Reis, Bruch . . . . . 14 3/4
Würfelzucker „ „ 24 3/4	„ Rangoon . . . . . 18 3/4
Brodzucker „ „ 24 3/4	„ Patna . . . . . 24 3/4
Kandis „ „ 36 3/4	Buchweizengrütze „ 20 3/4
Weizenmehl, Hausstands per Pfd. 16 3/4	Sago, echt ostindischer per Pfd. 32 3/4
Weizenmehl, bestes per Pfd. 18 3/4	Sago, Patent . . . . . 22 3/4
Reismehl . . . . . 16 3/4	Nudeln, versch. „ . . . 30 3/4
Kartoffelmehl „ „ 16 3/4	Nudeln, Faden „ . . . 32 3/4
Preisselbeeren „ „ 38 3/4	Marmelade . . . . . 30 3/4

Margarine . . . . . per Pfd. 64, 70, 80 u. 90 3/4  
 Pflanzenmargarine „Palmato“ . . per Pfd. 84 3/4

Petroleum . . . . . per Liter 18 3/4  
 Zündhölzer . . . . . per Paket 25 3/4

Ausführliche Preisverzeichnisse sind in den Warenabgabestellen zu haben.

Auf sämtliche Preise erhalten die Mitglieder laut Statut 3 Prozent Rabatt, der am Jahresschluss zur Auszahlung gelangt, ein dann noch verbleibender Ueberschuss wird nach Massgabe ihres Umsatzes an die Mitglieder verteilt.

Die Unterschreibung einer Beitrittserklärung und Zahlung von 50 Pfg. Eintrittsgeld berechtigt zur Entnahme von Waren.

Der Geschäftsanteil beträgt 30 Mark, kann aber in beliebigen Raten à 50 Pfg. einbezahlt werden und wird bei einem etwaigen Austritt voll und ganz wieder ausbezahlt.

Die Erwerbung der Mitgliedschaft ist also äusserst leicht gemacht, wer deshalb billig und doch gut einkaufen will, der werde Mitglied des Konsumvereins.

Der Vorstand.

Durch einen besonderen Zufall ist es mir gelungen, eine Partie, ca. 30 Stück

## Frottiertuchhandtücher und -Laken

einzukaufen und zwar zu enorm billigen, daß ich in der Lage bin, jedes Stück mit

### 33 1/3 % Rabatt

auf die in Zahlen vermerkten Preise zu verkaufen. Der Verkauf geschieht nur solange Vorrat reicht. Benutzen Sie schnellstens diese selten günstige Gelegenheit.

Erstes Lübecker **Partiwaren-Haus**  
 41 Huxstraße 41.

### Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel

kaufen Sie billig und recht bei Markt **Otto Albers** Kohlmarkt 4. 10.

z. B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an. Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk. Rote Lubeca-Marken.

Empfehle erstklassige **Fahrräder** und sämtliche Ersatzteile.

Reparaturen solide und preiswert.

**W. Reppenhagen, Percevalstraße 7.**

### Bettfedern • Dauen Aussteuer-Artikel

billigst, weitgehendste Garantie.

**L. Duve (Betten-Duve)**  
 Gr. Burgstr. 32.  
 Rote Rabatmark. Fernspr. 1710.

## Zentralverband der Maschinisten und Heizer.

Zahlstelle Lübeck.

**Mitglieder-Versammlung**  
 Sonnabend, 13. Mai  
 abends 9 Uhr  
 im „Gewerkschaftshaus“  
 Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.  
 Der Vorstand.

Absteiger-Tour-Lübeck

Verrein, Lübeck.

### Dampfertour nach Wismar

am Sonntag, d. 21. Mai 1911.

Abfahrt morgens 7 1/2 Uhr von der Drehbrücke.  
 Rückfahrt von Wismar nachmittags 5 Uhr.

Fahrtpreis für Nichtmitglieder Mk. 2. für Mitglieder Mk. 1.50.  
 Karten für Nichtmitglieder sind zu haben im Gewerkschaftshaus, im Vereinstokal, Hundestraße 41, bei Wittfoet, Hüjter, Lender, Hüjter, Bonjen, Höffemitt, und Stoll, Ketteld. Karten für Mitglieder während der Turnabende (Montag, Dienstag, Donnerstag u. Freitag). Unterschiftsbogen, Mittagessen betr., liegt bis zum 18. Mai im Vereinstokal aus.

Der Vorstand.

**Herrnburg.**  
 Gr. Scheibenschiedel 14. u. 15. d.  
 Sonntag m. Ball. Schliecker.

## Zirkus E. Blumenfeld Ww. Gührau.

# 100 Jahre Zirkus

## 1811 Jubiläums-Saison 1911

Lübeck, Burgfeld.

**Nur 4 Vorstellungen.**  
 Sonnabend, den 13. Mai, abends 8 Uhr:  
**Große Gala-Premiere.**

Sonntag, den 14. Mai: Zwei Vorstellungen, nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.

Montag, den 15. Mai: Elite-Vorstellung.

Dienstag, den 16. Mai, nachmittags 4 Uhr:  
**Gr. Extra-Schüler- und Familien-Vorstellung**  
 zu herabgesetzten Preisen.

Abends 8 Uhr:  
**Unwiderstehlich letzte große Vorstellung**  
 mit dem herrlichen Jubiläumsprogramm und dem Reiterchausfüß

## „Vor 100 Jahren“.

Um der Stadt Lübeck in jeder Beziehung entgegenzukommen haben wir uns entschlossen, die großartigen **Ritterspiele und Turniere** aufzuführen, ein geschichtliches Schaustück, wie noch nie zuvor gesehen.

Die Turniere waren im Mittelalter Kriegs- und Kampfspiele, gezeigt bei festlichen Gelegenheiten an fürstlichen Höfen. Diese Ritter- und Kampfspiele, wie selbige ursprünglich stattgefunden haben, dem pp. Publikum in getreuer Art vor Augen zu führen, ist ein Verdienst des Direktors **Herrn Blumenfeld**. Die Pferde zu diesen Turnieren wurden extra hierzu neu eingestellt und sind bezogen von der bekannten Firma **S. Neuberger, Berlin**. Die Sattelzeuge und Rüstungen sind ganz nach Original gearbeitet und werden einen Anblick gewähren, wie noch nie großartiger gesehen. Die Turniere im Zirkus Blumenfeld stellen keine langweilige Pantomime dar, sondern ein Stück aus der deutschen Geschichte, darum lehrreich für die Jugend und interessant für die Erwachsenen; dieselben besitzen einen direkt pädagogisch-kulturhistorischen Wert.

1. Ankündigung des Festes durch Fanfarenbläser.
2. Aufstellung der goldenen und silbernen Ritter zu Pferde.
3. Ankündigung und Ankunft des Hofes.
4. Reiterpiel der goldenen und silbernen Ritter.
5. Paquetanz, angeführt von 12 Damen.
6. Aufzug der Ritter zum Turnier.
7. Erstes Turnier zwischen dem friesischen und brabantischen Ritter.
8. Zweites Turnier zwischen den Rittern von Stapelot und von der Mark.
9. Anmeldung des fremden mysteriösen Ritters und dessen Turnier mit dem Ritter von Stapelot.
10. Ehrung des Siegers von Stapelot.
11. Combat, ausgeführt von 12 Damen.
12. Ringelstechen.
13. Großes Tableau.
14. Abzug des Hofes mit ganzem Gefolge.

Preise der Plätze zu ermäßigten Preisen bei Herrn **Friedrich Nagel, Am Markt**: Erwachsene: Galerie 0.40, 3. Platz 0.70, 2. Platz 0.90, 1. Platz 1.40, Sperfsiß 1.80, Logenst. 2.80 Mk. Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge Galerie 0.25, 3. Platz 0.40, 2. Platz 0.50, 1. Platz 0.80, Sperfsiß 1.00, Logenst. 1.80 Mk.

Preise der Plätze an der Zirkuskasse: Erwachsene: Galerie 0.50, 3. Platz 0.80, 2. Platz 1.00, 1. Platz 1.50, Sperfsiß 2.00, Logenst. 3.00 Mk. Kinder unter 10 Jahren usw. zahlen: Galerie 0.30, 3. Platz 0.50, 2. Platz 0.60, 1. Platz 0.90, Sperfsiß 1.20, Logenst. 2.00 Mk. Zu den Sonn- und Festtags-Abendvorstellungen zahlen Kinder und Militär volle Preise.

**100 Jahre Zirkus!** Dieses einzig in der Welt dastehende Ereignis begann am 1. März d. Js. unser berühmtes Institut. Die ersten Zeitungen Deutschlands haben diese Begebenheit besprochen und dem Zirkus, welcher unter unserer Leitung steht ein Zeugnis ausgestellt, wie es noch nie schöner und herrlicher ein anderes Zirkus-Unternehmen erfahren hat. Mehr als 500 Gratulationen aus allen Kreisen der Gesellschaft sind uns zu unserer Jubelfeier überandt worden. Offizielle Persönlichkeiten haben durch ihr Erscheinen und ihre Reden bei unserer Jubelfeier bewiesen, welche Stellung unser Etablissement einnimmt. Demgemäß ist es unsere doppelte und zehnfache Pflicht, bei unserer diesjährigen Jubiläumstournee dem hochgeehrten Publikum ein Programm zu bieten, welches immer weiter unser Renommee bekräftigen soll.

Mit aller Hochachtung  
**Zirkus Blumenfeld, Gührau.**  
 Inh.: **Gebr. Blumenfeld** in Gührau.  
 (Handelsgerichtlich eingetragen Nr. 67).